

UNIVERSITY OF WUPPERTAL  
BERGISCHE UNIVERSITÄT WUPPERTAL

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT UND  
INTERNATIONALE MAKROÖKONOMIK



Paul J.J. Welfens

**Wirtschaftspolitik-Fehlorientierung des Westens nach 1989:  
Bankenkrise, Globalisierungs-Ordnungsdefizit und  
Desintegrationsdruck**

EIIW Diskussionsbeitrag 258

EIIW Discussion Paper 258

Beitrag zur Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Vfs, Budapest 26.-28. Februar 2019; 30 Jahre  
nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – Spannungen in Europa



*Europäische Wirtschaft und Internationale Wirtschaftsbeziehungen  
European Economy and International Economic Relations*

ISSN 1430-5445



Paul J.J. Welfens

**Wirtschaftspolitik-Fehlorientierung des Westens nach 1989:  
Bankenkrise, Globalisierungs-Ordnungsdefizit und  
Desintegrationsdruck**

April 2019



*Herausgeber/Editor: Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Jean Monnet Chair in European Economic Integration*

EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN (EIIW)/  
EUROPEAN INSTITUTE FOR INTERNATIONAL ECONOMIC RELATIONS  
Bergische Universität Wuppertal, Campus Freudenberg, Rainer-Gruenter-Straße 21,  
D-42119 Wuppertal, Germany  
Tel.: (0)202 – 439 13 71  
Fax: (0)202 – 439 13 77  
E-mail: [welfens@eiiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiw.uni-wuppertal.de)  
[www.eiiw.eu](http://www.eiiw.eu)

JEL classification: E50, F5, H12, P5, P11, P51, P52

Keywords: Systemtransformation, Internetwirtschaft, Bankenkrise, Populismus, EU-Reformen



## **Zusammenfassung**

Der Zerfall der sozialistischen Wirtschaftssysteme vollzog sich Ende der 1980er Jahre in den Ländern Osteuropas und der Sowjetunion, wobei osteuropäische EU-Länder einen ökonomischen Aufholprozess begonnen haben. 1991 hat aber der Westen teilweise keine vernünftigen Konsequenzen aus der beginnenden Systemtransformation gezogen und eine Phase geringer politischer Selbstdisziplin bei manchen westlichen Regierungen bzw. eine Expansion des Populismus - erklärbar unter Bezug auf Harry-Johnson-Ansätze und Identity Economics - begonnen. Die Transatlantische Bankenkrise ergab sich aus überzogener Bankenderegulierung in den USA und UK, die faktisch auch die Länder der Eurozone zur Bankenderegulierung brachte und sich absehbar wiederholen könnte; auch als Folge des BREXIT. Bei der Digitalisierung fehlt ein Ordnungsrahmen. Dessen Fehlen hat zu einer Art digitalem Sozialismus geführt – mit negativen Konsequenzen für Effizienz in der Marktwirtschaft und für die Demokratie. Mit dem Populismus in UK, dem strukturellen US-Populismus – inklusive Anti-Multilateralismus - und dem Anti-Liberalismus in Teilen der EU(27) steht der Westen vor einer Abstiegs- und die EU vor einer politischen Spannungsphase; eine sinnvolle Reformagenda wäre eine Stabilisierungschance für die EU, wird aber teilweise blockiert, während zugleich verfrühte Vergemeinschaftung, etwa bei Einlagensicherung, droht. Der US-Sachverständigenrat unter Trump sieht die USA wohlhabender als Nordeuropa, was eine Fehlsicht ist.

## **Summary:**

The collapse of the socialist economic systems took place in the late 1980s in the countries of Eastern Europe and the Soviet Union, with Eastern European EU countries beginning an economic catching-up process. In 1991, however, the West in part did not draw any reasonable conclusions from the incipient system transformation and began a phase of low political self-discipline with some Western governments or an expansion of populism - explainable with reference to Harry-Johnson approaches and identity economics. The transatlantic banking crisis resulted from excessive banking deregulation in the US and UK, which in fact also led the countries of the euro zone to deregulate banks and could be repeated in the foreseeable future; also as a consequence of BREXIT. Digitisation lacks a regulatory framework. Its absence has led to a kind of digital socialism - with negative consequences for efficiency in the market economy and for democracy. With populism in the UK, structural US populism - including anti-multilateralism - and anti-liberalism in parts of the EU(27), the West is facing a phase of decline and the EU is facing a phase of political tension; a meaningful reform agenda would be an opportunity for stabilisation for the EU, but is partly blocked, while at the same time premature communitarianisation, e.g. in deposit insurance, is threatening. The US Council of Experts under Trump sees the US as being ahead of Northern Europe in terms of welfare, which is a mistake.



*Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Jean Monnet Professor for European Economic Integration; Chair for Macroeconomics; President of the European Institute for International Economic Relations at the University of Wuppertal, (Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371), Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris; Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC [welfens@eiiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiw.uni-wuppertal.de)*

*Evgeniya Yushkova, Dipl. Oec. und M.A.*

**EIIW 2015 = 20 years of award-winning research**

## **Wirtschaftspolitik-Fehlorientierung des Westens nach 1989: Bankenkrise, Globalisierungs-Ordnungsdefizit und Desintegrationsdruck**

EIIW Diskussionsbeitrag 258  
EIIW Discussion Paper 258

### **Inhaltsverzeichnis**

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>I</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>II</b>
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Ende des Ost-West-Systemwettbewerbs: Schwächung politischer Disziplin im Westen und übermäßige Deregulierung.....</b>	<b>6</b>
<b>3. Ordnungsdefizit bei der Transatlantischen Bankenkrise .....</b>	<b>9</b>
<b>4. Internetwirtschaft: Digitaler Sozialismus mit Innovations-stärke .....</b>	<b>11</b>
<b>5. Globalisierungs-Ordnungsdefizit .....</b>	<b>13</b>
<b>6. Politischer Populismus in den USA, UK und Kontinental-europa .....</b>	<b>16</b>
<b>7. BREXIT-Desintegrationsdruck und Reformfordernisse bei der EU .....</b>	<b>18</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>27</b>
<b>Anhang 1: Ökonomischer Wert des Euros im Kontext des Euros als Währungsreserve.....</b>	<b>30</b>
<b>Anhang 2: Rentenfragen und Wachstumsmodellierung.....</b>	<b>30</b>
<b>Anhang 3: Ordnungspolitische Defizite in internationaler Perspektive .....</b>	<b>32</b>
<b>Anhang 4: Dynamisches Subsidiaritätsprinzip.....</b>	<b>32</b>
<b>Anhang 5: Preisdifferenzierung (Mikroökonomische Sicht).....</b>	<b>33</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Effekt erhöhter Transaktionskosten ( $DD^{\text{gross}}$ vs. $DD^{\text{net}}$ ) und erhöhter Kostenrisiken ( $k'_1$ statt $k'_0$ ) .....	15
Abbildung 2: Ordnungspolitische Defizite in internationaler Perspektive.....	32
Abbildung 3: Abbildung: Preisdifferenzierung (Mikrosicht).....	33



# 1. Einleitung

Der Westen hat den Systemwettbewerb Marktwirtschaft versus sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft deutlich gewonnen; sichtbar in den ersten freien Wahlen in Polen in 1989 und dem Fall der Berliner Mauer im November – mit nachfolgender Wiedervereinigung Deutschlands und den marktwirtschaftlichen Systemtransformationen in 29 postsozialistischen Ländern. Die Sowjetunion zerfiel mitsamt dem Warschauer Pakt 1991 und es dauerte dann noch gut ein Jahrzehnt, bis die erste EU-Osterweiterung (nach der EFTA-Erweiterung 1995) in 2004 erfolgte. Nach einer „Transformations-Rezession“ haben die Transformationsländer im Zuge der Systemtransformation und der außenwirtschaftlichen Öffnung längerfristig beim Realeinkommen deutlich zugelegt – gerade auch die relativ armen EU-Beitrittsländer Polen, Rumänien und Bulgarien (EBRD, 2000, 2018; WELFENS, 2015). Durch die EU-Osterweiterung von 2004 (2007: Bulgarien und Rumänien) hat die EU eine teilweise ökonomische Stärkung erfahren, zugleich ist aber mit die Saat für den BREXIT 2019 gelegt worden: UK hat sich zusammen mit Schweden und Irland in 2004 entschieden, osteuropäische Zuwanderer aus EU-Beitrittsländern ohne Übergangsfrist aufzunehmen. Das Thema Einwanderung in die Sozialsysteme bzw. zu große UK-Bürde durch Zuwanderung aus osteuropäischen EU-Ländern war ein wesentlicher Treiber für die BREXIT-Mehrheit beim britischen EU-Referendum in 2016.

Allerdings spielte auch die Transatlantische Bankenkrise und Cameron's radikale Kürzung von Finanztransfers an Kommunen – 5,5% des Bruttoinlandsproduktes in fünf Jahren zwecks Kürzung der enorm in der Bankenkrise gestiegenen Defizitquote – eine wichtige Rolle, wie eine genauere BREXIT-Analyse zeigt: Es kam in vielen Städten zu einer Unterversorgung mit lokalen öffentlichen Gütern, was EU-Zuwanderer in der Wahrnehmung vieler Briten zu Sündenböcken für dieses Problem werden ließ (WELFENS, 2016; 2017b).

Zudem ist mit dem Wegfallen der gemeinsamen Furcht vor der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt ein wesentlicher politischer Klebstoff der Europäischen Union verschwunden, so dass in der EU die Interessengegensätze stärker als zur Zeit des Kalten Krieges sichtbar wurden. Die politische „Oberaufsicht durch die USA“ in der EU verminderte sich schon unter der Obama-Regierung deutlich, die ohnehin den geographischen Hauptfokus der Außenpolitik auf Asien setzte – letzteres war zum Haupthandelspartner der USA schon Mitte der 1990er Jahre avanciert.

Mit dem neuen Russland als Marktwirtschaft, das 2012 der Welthandelsorganisation beitrug, entwickelten die EU und die USA zeitweise gute Beziehungen. Aber mit der Ukraine-Krise und der von Russland betriebenen Krim-Abspaltung bzw. Krim-Eingliederung in Russland und mit dem US-amerikanischen Austritt aus dem INF-Rüstungskontrollabkommen Anfang Februar 2019 haben sich die USA/EU-Russland-Beziehungen deutlich verschlechtert. Die Beziehungen des Westens zu Russland sind durch Russlands Besetzung der Krim (bis dahin Bestandteil der Ukraine) im März 2014 – und nachfolgenden Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Russland – angespannt. Vermutlich spielte die neue Bedrohungslage im Kontext des Krim-Konfliktes eine Rolle für die Ablehnung der schottischen Unabhängigkeit im entsprechenden Referendum im September desselben Jahres. Sicherheitsaspekte sind Argumente für die Einheit von UK.

Nur zwei Jahre später ergab sich in Großbritannien eine vielfach als überraschend angesehene Referendums-Mehrheit für einen UK-Austritt aus der EU beim britischen EU-Referendum am 23. Juni 2016 und im November jenes Jahres wurde der US-Populist Donald Trump in den USA – ebenfalls überraschend für viele - zum neuen US-Präsidenten gewählt. Mit Trump wiederum begann eine neue Phase der USA-China-Beziehungen insofern, als Präsident Trump allgemein 2018 mit den Stahl- und Aluminium-Importzöllen einen Neo-US-Protektionismus begann; insbesondere aber gegenüber China eine aggressive Handelspolitik startete. China hat seit der Öffnung zur Weltwirtschaft 1978 ein enormes Wirtschaftswachstum erreicht und ist durch die WTO-Mitgliedschaft 2001 auch zum Teil in die regelbasierte „westliche Handelsordnung“ integriert. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist nach Weltbank-Angaben – in Kaufkraftparitäten ausgedrückt – so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt der USA bzw. der EU(28), wobei China, lange vor allem Investitions-Zuflussland, seit etwa 2005 allmählich zudem zu einem wichtigen Quellenland von Direktinvestitionen geworden ist.

30 Jahre nach der Systemtransformation in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion hat sich aus der Verbindung von fehlenden ordnungspolitischen Weichenstellungen in westlichen Marktwirtschaften, dem Aufstieg Chinas und der Expansion der ordnungspolitisch seit Jahren vernachlässigten Digitalwirtschaft eine für den Westen kritische Situation ergeben, die es einerseits zu erklären und die es mit Blick auf den britischen BREXIT-Prozess und den US-Trumpismus analytisch einzuordnen gilt. Die nachfolgenden Überlegungen entwickeln aus der Kenntnis relevanter ökonomischer Zusammenhänge und weniger Hypothesen eine Perspektive, die einen relativen Abstieg des Westens erwarten lässt, sofern keine adäquaten Reformen vorgenommen werden; solche jedoch sind kaum zu erwarten angesichts

- des strukturellen Trumpismus, denn der US-Populismus ist nicht vorübergehender Natur, sondern ein zumindest mittelfristiges Phänomen, dem in Westeuropa das BREXIT-Projekt unter anfänglicher UKIP-Führung (UKIP war in UK Wahlgewinner der Europa-Wahl 2014) und die Conte-Regierung in Italien seit Sommer 2018 entsprechen – eigentlich auch schon früher Berlusconi-Regierungen;
- der anhaltenden digitalen „Selbstermächtigung“ großer Bevölkerungsteile im Internetzeitalter, das Polarisierung und Radikalisierung der Politik begünstigt und den Einfluss der Wissenschaft bzw. der Ökonomik mindert; Millionen Internetnutzer sind mit radikalen und faktenfernen Positionen im Internet aktiv. Die traditionelle Sicht etwa, dass wirtschaftspolitische Projekte durch Stellungnahmen von führenden Forschungsinstituten wesentlich in der politischen und öffentlichen Akzeptanz geprägt wurden, gilt kaum noch und umso mehr haben populistische und emotional besetzte Politikprojekte bzw. Internet-Blogautoren an Bedeutung gewonnen. Die digital erleichterte breitere Demokratisierung von Politikprojekten hat bislang zu wenig eine breite digital aufgestellte Antwort der Wissenschaft gefunden;
- der zeitweisen stillen Vergemeinschaftung der EU, die ineffizient und delegitimierend ist – hierbei wird nachfolgend exemplarisch auf die denkbare Herbeiführung einer Europäischen Einlagensicherung abgestellt, die als aus ökonomischer Sicht wenig sinnvolles Nebenergebnis der Ratspräsidentschaft Deutschlands im 2. Halbjahr 2020 realisiert werden könnte.

Nach dem Ende des Kalten Krieges bzw. dem Zerfall von Sowjetunion und des sowjetisch beherrschten Osteuropas, was unerwartet eintrat, sind zahlreiche Problempunkte zu identifizieren:

- Bei der Systemtransformation in Osteuropa hat man an der Schnittlinie zum neuen Russland keine stabilen Strukturen aufgebaut und die Beziehungen des Westens zu Russland sind nach einer zeitweisen Kooperationsphase offenbar konfliktär.
- Die Transatlantische Bankenkrise hat die USA und den Westen im Herbst 2008 nahe an eine ökonomische Absturzkante geführt, als die US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September in Konkurs ging; nachhaltige Reformen gegen neue Banken Krisen fehlen.
- Eine zunehmende Einkommens-Ungleichheit hat sich vor allem in den USA ergeben (ALVAREDO ET AL., 2018): Von einem für die untere Hälfte der US-Einkommenspyramide ermittelten Anteil von 20% am Markteinkommen in 1981 ist der Anteil auf 13% in 2015 gefallen und wird voraussichtlich auch weiter sinken.
- Hingegen ist der Anteil der unteren Hälfte der Einkommensbezieher in Westeuropa im Vergleichszeitraum von 22% auf 20% gesunken.
- Das Internet wirkt ökonomisch expansiv durch mehr digitale Innovation und globale Diffusion, aber politisch wirkt es radikalierend bzw. wirkt zumindest in Deutschland Populismus- bzw. AfD-verstärkend.
- Der Populismus, verstanden als politische Kombination von Neo-Nationalismus, Umverteilungspolitik, Protektionismus und riskanten Wirtschaftspolitikstrategien ist im Internet-Zeitalter eine neue Tendenz im digital mit führenden Westen. DORNBUSCH/EDWARDS (1991) haben mit Blick auf lateinamerikanische Länder den Populismus identifiziert als Kombination von Umverteilungspolitik und stabilitätspolitisch riskanter Geld- und Fiskalpolitik – eine Definition, die offenbar auf eine Umverteilung zugunsten armer Schichten in Ländern Lateinamerikas abzielte; die aber für die USA unter Trump durchaus stehen bleiben kann, wenn man Umverteilungspolitik als angekündigte Stärkung der ärmeren Schichten versteht (während Trump steuerpolitisch tatsächlich mit seiner Steuerreform 2017 die oberen Einkommensschichten relativ begünstigt hat).
- Soweit den USA unter Präsident Trump eine nachhaltige Schwächung des Multilateralismus gelingt, kehrt die Weltwirtschaft zurück in ein Machtregime des späten 19. Jahrhunderts; also das Regime der rivalisierenden Großmächte und bei weitgehender Abwesenheit Internationaler Organisationen – nur diesmal beim Großmächte-Regime mit neuen Führungsmächten, nämlich USA und China.
- Die EU-Integration ist im Zuge des BREXIT in eine Krise geraten. Zwar dürfte für UK die ökonomische Krise weit größer sein als für die EU27, aber dass die EU das ökonomisch gesehen zweitgrößte Mitgliedsland überraschend verloren hat, ist schon ein Krisenindiz für die EU, wo die Führungsgremien keinesfalls eine BREXIT-Mehrheit im britischen EU-Referendum 2016 erwarteten.
- Dass eigentlich auch aus UK-Sicht eine Art BREXIT aus Versehen – so der Titel meines Buches (WELFENS, 2016; 2018) - stattfand, ist bemerkenswert;

die Demokratie vermag keine klar legitimierten Entscheidungen in strittigen Kernfragen zu liefern, wenn ein Instrumentarium wie ein Referendum nicht seitens der Regierung sorgfältig aufgesetzt wird.

- Die Frage, wie man mit der Flüchtlingswelle von 2015/2016 umgehen soll, spaltet West- und Osteuropa. Ungarn und Polen wollen unter Hinweis auf ihre neuen politischen Freiheiten – also die Befreiung von der Vormundschaft durch Moskau in den sozialistischen Zeiten – keine neue zentrale politische Bevormundung aus Brüssel (oder Berlin). Einige osteuropäische Staaten, aber auch Italien und Österreich führten 2019 einen EU-Wahlkampf nicht für ein besseres Europa, sondern gegen die EU bzw. Brüssel als nationalen Kontra- und Identifikationspunkt. Politische Investition in Identität und Neo-Nationalismus kann man aus ökonomischer Sicht erklären, wie zu zeigen sein wird. Impulse für EU-Reformen gab es bis Frühjahr 2019 nur wenige, etwa in der Form eines Macron-Briefes (MACRON, 2019) an die Bürgerschaft in den EU-Ländern.

Im Vorfeld adäquater Reformen in der EU bzw. im Westen ist wohl in der Ökonomie auch eine deutlich verbesserte Selbstdarstellung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung im Internet notwendig – langwierige Prozesse, die daher zunächst eine allmählich zunehmende Krise des Westens erwarten lassen. Dabei spielt der BREXIT eine zentrale Rolle, denn er stärkt indirekt Putins Herrschaftssystem in Russland, mit Druckpunkten gegenüber Westeuropa, führt zu einer Expansion des militärisch-industriellen Komplexes (um den Begriff von US-Verteidigungsminister McNamara aufzunehmen) und begünstigt zusammen mit dem Bilateralismus von US-Präsident Trump die Rückkehr in ein internationales Machtregime des späten 19. Jahrhunderts: Die Machtrivalität von Großmächten auf internationaler Politikbühne.

Bei der folgenden Analyse spielt ein etablierter ökonomischer Mechanismus des Nationalismus eine wichtige Rolle, zugleich aber auch ein neu formulierter Mechanismus bei der Tendenz zu übermäßiger Bankenderegulierung:

- Der Wiederaufstieg des Nationalismus spielt im Kontext des Populismus eine wichtige Rolle, wobei Erklärungsmechanismen bei Harry G. Johnson (JOHNSON, 1967) zu finden sind. Nationalismus – von Johnson besonders auf junge, unabhängig gewordene Entwicklungsländer bezogen – kann als eine Art immaterieller kollektiver Zusatzkonsum in der Nutzenfunktion betrachtet werden; aber das Argument lässt sich wohl auch auf Industrieländer mit Populismus-Strömung beziehen, wobei Populismus eben Neo-Nationalismus und Protektionismus im Kern darstellt. Ergänzend kann man eine Verbindung von Populismus und Identity Economics ziehen (zu Identity Economics: AKERLOF/KRANTON (2000), wobei im Ansatz der Identity Economics ein Individuum  $i$  aus der Übereinstimmung mit Merkmalen oder Aktivitäten von  $j$ -Individuen einen Nutzenzuwachs erzielt. Denken kann man mit Blick auf den Populismus etwa an den Nutzenzuwachs durch Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Gruppe; Regierungsakteure können dabei auch durch gezielte Betonung von Feindbildern den Nutzen der Gruppenzugehörigkeit zu erhöhen suchen.
- Für die Neigung des Westens zu übermäßiger Deregulierung der Finanzmärkte ist zusätzlich zu ideologischen Politikpräferenzen die Einführung flexibler Wechselkurse eine Hauptursache, denn dieses System begünstigt endogen –

über makroökonomische Effekte – eine übermäßige Banken-Deregulierung in Ländern mit ausgebautem internationalen Bankensystem (WELFENS, 2017a).

- Nach dem Ende des Sozialismus bzw. der Sowjetunion stand die Deregulierung im Westen politisch hoch im Kurs, aber die Über-Deregulierung im Banken-Bereich unterminierte in den USA, UK und Teilen Kontinentaleuropas – mit einigen von der Transatlantischen Bankenkrise stark betroffenen Ländern – das Vertrauen in der Bevölkerung in die alten Politik-Eliten. Das wiederum verschaffte dem Aufstieg des Populismus eine neuartige Chance, nämlich in der Phase der digitalen Expansion, die wiederum für Vernetzungen neue Optionen für digital fokussierte Neuparteien oder Politikakteure (wie Trump mit seinen Twitter-Aktivitäten) bot.

Die nachfolgende Analyse erklärt Entwicklungen der Jahre 1991-2019 und formuliert einige Überlegungen für das Jahrzehnt nach dem BREXIT 2019. Dabei stehen Spannungen in Europa im Vordergrund. Aber für bestimmte Entwicklungen sind hierbei die USA und die Expansionsdynamik Chinas mit einzubeziehen. Dies liegt mit Blick auf die Vereinigten Staaten als traditionelles Führungslands des Westens auf der Hand, während die Rolle Chinas als globales ökonomisches Co-Führungsland eine neue Entwicklung ist. Phasen chinesischer Wirtschaftsexpansion gehen einher mit einem ökonomischen Aufschwung der OECD-Länder; wenn Chinas Produktions- und Exportdynamik abbremst – wie 2019 – entsteht in den OECD-Ländern hingegen ein ökonomischer Bremseffekt, was eine neue Konstellation globaler Interdependenz von drei großen Ländern darstellt (EU hier als „Land“ betrachtet).

Wie kann die EU(27) sich in diesem neuen Umfeld – nach einem BREXIT, so er denn in 2019 vollzogen wird – sinnvoll anpassen? Was EU-Reformperspektiven angeht, so werden nachfolgend Forschungsergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen aufgenommen, die zusammen mit Elementen des Fiskalischen Föderalismus-Ansatzes erlauben, sinnvolle EU-Reformmöglichkeiten abzuleiten. Dabei wird nachfolgend u.a. ein dynamisches Subsidiaritätsprinzip hergeleitet, dass Kompetenzverlagerungen zur EU abhängig erscheinen lässt von der induzierten Erhöhung der Wahlbeteiligung bzw. der Intensivierung des politischen Wettbewerbs in der Europäischen Union. Diese ist nach den EU-Osterweiterungen von einem modernen Westen mit politischen Spannungen zwischen Italien und Deutschland plus Frankreich mit postmateriellen Präferenzen einiger Bevölkerungsschichten geprägt, während in Osteuropa solche Präferenzen eher selten sind, was wiederum Ost-West-Spannungen in der EU mit verursacht. Die folgenden Reflexionen spannen für die Europa-Analyse den Bogen etwas weiter, als nur den Blick auf die EU zu richten; dabei wird zeitlich der Analysehorizont von 1989 bis 2019 gezogen und zumindest einige bislang wenig beleuchtete ordnungspolitische Defizite der Wirtschaftspolitik werden dabei auf neue Weise thematisiert. Dass die Trump-Politik dabei den BREXIT politisch als Projekt mit unterstützt hat wird ebenso einbezogen wie einige Aspekte des für ganz Europa wichtigen Aufstiegs Chinas in der Weltwirtschaft.

## **2. Ende des Ost-West-Systemwettbewerbs: Schwächung politischer Disziplin im Westen und übermäßige Deregulierung**

### ***Theorie komplementärer westlicher Post-System-Transformation***

Über Jahrzehnte gab es im Kalten Krieg eine starke Konkurrenz der Wirtschaftssysteme; vor allem in Europa, wo die sozialistischen Systeme, angeführt von der Sowjetunion, für das angeblich stabilere und schneller wachsende Wirtschaftssystem standen. Die DDR und anderen RGW-Länder in Osteuropa hatten dabei auch den Anspruch, mehr ökonomische Gleichheit zu realisieren als die marktwirtschaftlichen OECD-Länder, die als repräsentative Demokratien auch politisch für andere Ordnung standen als die sozialistischen Länder. Mit dem Ende der Sowjetunion 1991 bzw. der beginnenden politisch-ökonomischen Transformation seit Sommer 1989 in osteuropäischen sozialistischen Ländern ergab sich ein historischer Umbau von Zentralverwaltungswirtschaften hin zu westlichen Marktwirtschaften, wobei die EU mit eigener Marktöffnung für Transformationsländer und Beratungsprojekten Unterstützungsimpulse für den Transformationsprozess gab.

Während es zur Theorie der System-Transformation zahlreiche theoretische Ansätze und auch empirische Arbeiten gibt (als Übersicht siehe WORLD BANK (2002); sowie etwa EBRD (2000, 2018) und WELFENS (2015)), fehlt eine Theorie der „Co-System-Entwicklung“ der westlichen Länder bzw. des Strukturbruchs im – traditionellen – Systemwettbewerb. Dabei ist vorab zu betrachten, dass viele osteuropäische Transformationsländer neu Mitglied in Internationalen Organisationen wurden, was die Souveränität dieser Länder formal einschränkte; für die bisherigen westlichen und anderen Länder bedeutete die Expansion der Internationalen Organisationen, dass es zu mehr Regel-Bindung für Handel und internationale Investitionen kam, was u.a. Investitionsrisiken für multinationale Unternehmen minderte und neue Gewinn- bzw. Expansionsmöglichkeiten für die Wirtschaft schuf. Zugleich machten Beitritte von etwa zwanzig zusätzlichen Ländern zu diesen Organisationen diese in einigen Fällen schwerfälliger, was den (Grenz-)Nutzen der bisherigen Mitgliedern in einigen Fällen geschmälert haben mag. Mit der Wahl von US-Präsident Trump, der den Multilateralismus ablehnt, steht seit 2017 hinter vielen Internationalen Organisationen ein Fragezeichen, was international ordnungspolitische Unsicherheit bedeutet. Für westliche Länder im Zeitraum 1991-2017 war die Situation ohnehin insofern neu, als die Systemkonkurrenz nach dem Kalten Krieg andere Akzente erhielt und der internationale Druck sich in der Ost-West-Konkurrenz zu bewähren verschwunden war.

Für die westeuropäischen Marktwirtschaften war die Konkurrenz der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften immer auch ein Antreiber, durch erfolgreiche Systementwicklung bzw. Reformpolitik eine wachstumsstarke Soziale Marktwirtschaft bei Vollbeschäftigung zu erreichen. Dabei gab es natürlich auch innerhalb der westlichen OECD-Länder eine Systemkonkurrenz, wobei führende Impulsgeber die Länder mit relativ hohen Pro-Kopf-Einkommen waren; in der EU gab es durch die supranationale Politikebene eine gewisse Beschränkung des Systemwettbewerbs, wobei andere Vorteile –

etwa Skalenvorteile bei der Handelspolitik und Standardisierungsvorteile sowie Netzwerkeffekte bei der Telekommunikation sowie Internalisierungsvorteile bei der Bankenaufsicht (vor allem nach 2010) – Begründung für EU-Aktivitäten waren. Was Aspekte einer „Co-Systemtransformation“ in westlichen Ländern angeht, so werden hier nachfolgend einige Überlegungen entwickelt:

- Die westeuropäischen Länder und die USA konnten eine Friedensdividende verzeichnen, was beim Staatsbudget entlastend wirkte und zusätzliche Budgetspielräume für mehr Forschungsförderung, Bildungspolitik, Investitionsausgaben und Sozialpolitik plus Steuersenkungen brachte; wegen der durch den Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa sich ergebenden Image-Einbußen sozialdemokratischer bzw. linker Parteien in der EU ergab sich in den westeuropäischen Ländern zunächst verstärkter politischer Einfluss von konservativen Parteien, die entsprechende programmatische Politikpunkte realisierten: Gerade auch pro Deregulierung (bisweilen ökonomisch gut, bisweilen auch nur ideologisch begründet) und mit einer gewissen Unterdimensionierung internationaler Ordnungspolitik, soweit man bestimmte Globalisierungsfelder betrachtet.
- Diejenigen westlichen Länder, die durch Außenhandel, Direktinvestitionen in Osteuropa und Zuwanderung aus Osteuropa am stärksten profitierten, nämlich Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Italien und Österreich, expandierten ökonomisch in den 1990er Jahren relativ stark, wobei die ökonomischen Aufholprozesse der EU-Länder insgesamt bis 2005 eine verstärkte ökonomische Konvergenz bei den Pro-Kopf-Einkommen (nach Kaufkraftparität) erbrachten. Das erleichterte im Zeitablauf die politische Konsensfindung – im Einklang mit dem Olson-Ansatz, wonach homogene Interessengruppen sich besser organisieren lassen als heterogene (OLSON, 1965); allerdings gab es einen Gegenpunkt durch die EU-Osterweiterungen, dass nämlich die Gruppengröße der an der EU beteiligten Länder kräftig anstieg, nämlich von 15 auf 28 Länder, was die marginalen Koordinationskosten in der Sicht des Ansatzes von BUCHANAN/TULLOCK (1962) erhöhte. Die nach Zusammenbruch der Sowjetunion politisch befreiten osteuropäischen Länder betonten z.T. die nationale Identität stark und entwickelten auch von daher zeitweise Vorbehalte gegen wachsende politische Gestaltungsmöglichkeiten der EU.
- Nachdem der Kalte Krieg mit seiner politischen internationalen Bipolarität 1990 geendet hatte, gewannen andere Themen neu an Bedeutung; vor allem die Klimapolitik, die man allerdings auch als Weiterentwicklung der seit der UN-Umweltkonferenz von 1972 in Stockholm ergebenden intensiveren Umweltpolitik einordnen konnte. Die wissenschaftlichen Analysen zur Klimaerwärmung fanden jedenfalls nach 1991 eine verstärkte öffentliche und politische Beachtung und schließlich im UN-Gipfel von 2015 in Paris einen vorläufigen Gipfelpunkt der internationalen Kooperation; nur um dann ein Jahr später unter scharfer Kritik von US-Präsident Trump zu geraten, der die USA aus dem Abkommen hinausführte. Die „Osteuropa-Bank“ EBRD (2017) griff das Thema Umweltpolitik („Green Economy Transition“) im Jahresbericht 2017 auf.
- Das Wegfallen der Bedrohungswahrnehmung der EU-Länder mit Blick auf das neue Russland – in den ersten zwei Transformationsdekaden – ließ bei den

nationalen Regierungen von EU-Ländern viel größere Handlungsfreiheiten entstehen als früher; zumal sich die politische Oberaufsicht der USA gegenüber der Zeit des Kalten Krieges deutlich abgeschwächt hatte. Die Problematik wurde bei sozialdemokratischen wie konservativen Regierungen sichtbar – bei letzteren etwa im Fall von Griechenlands Defizitpolitik von 2009, als die konservative Nea-Dimokratia-Regierung 4% Defizitquote nach Brüssel meldete und 15% Ist-Defizitquote in jenem Wahljahr realisierte; ein solcher Fall wäre wohl undenkbar in Zeiten des Kalten Krieges, da man damals unsolide staatliche Haushaltszahlen eines strategisch wichtigen Nato-Landes sicherlich auch als Intra-Nato-Risikofaktor seitens der Führungsmacht USA eingeordnet hätte.

- Nachdem sich der Kapitalismus als siegreiche Wirtschaftsordnung etabliert hatte, gab es in fast allen Parteien der westlichen OECD-Länder eine große Neigung, mehr Marktwirtschaft zu realisieren; bis hinein in die britische Labour-Partei galt nun der Satz, dass es keine politischen Berührungspunkte mit Großbanken oder großen multinationalen Unternehmen geben sollte. Vielmehr sollten deren Expansionspielräume gestärkt und höheres Wirtschaftswachstum mit den höheren Steuereinnahmen genutzt werden, um mehr Sozialpolitik zu betreiben. Die Bereitschaft zu überzogener Bankenderegulierung gerade auch in EU-Ländern ergab sich von daher, in den USA teilweise in ähnlicher Weise; denn dort erfolgte die erste große Finanzmarkt-Deregulierung am Ende der Clinton-Amtszeit, während in UK schon unter Margareth Thatcher in den 1980er Jahren Banken- und Finanzmarktderegulierungen erfolgt waren; sie wurden unter der Labour-Regierung in den 1990er Jahren in UK intensiviert. Die kombinierte Deregulierung von USA und UK zwang faktisch die kontinentaleuropäischen Länder in eine Parallel-Deregulierung.
- Der Mechanismus der EU-Überderegulierung im Bankensektor ist leicht erklärt (ARTUS/VIRARD, 2005; WELFENS, 2018): Mit den im liberalisierten Finanzmarktumfeld von USA und UK erhöhten Anspruchsrenditen – geforderten Eigenkapitalrenditen – in den führenden globalen Finanzzentren New York und London konnten die US-Banken und UK-Banken eine höhere Börsenkapitalisierung erreichen, was für Großbanken in der Eurozone eine verschärfte Übernahmedrohung vor allem aus den USA bedeutete. Die Großbanken in der Eurozone, die als kleine kompakte Interessengruppe gut zu organisieren waren – dem Argument von OLSON folgend - für Lobbyaktivitäten national und in Brüssel bei der EU, erreichten eine parallele Deregulierung etwa in Deutschland und Frankreich, so dass neue Geschäftsfelder mit hohen Risikoprofilen etwa in den USA im Kontext von außerbilanziellen Immobilienmarktaktivitäten entfaltet wurden (WELFENS, 2012). Im Übrigen griff die US-Immobilienkrise bzw. Subprime Crisis auf UK dann vor allem über einen Bilanzkanal bei den Banken über, da UK-Banken mit ihren Immobilienprojekten in den USA hohe Verluste einfuhren, während für Deutschland die Abschwungsimpulse aus den USA stärker über den Außenhandel kamen (BORN/ENDERS, 2018).

Seit dem Ende der Sowjetunion und des Zerfalls des Warschauer Paktes in 1991 sowie der Systemtransformation in 29 postsozialistischen Ländern in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion ist der Wettbewerb der Wirtschaftssysteme Marktwirtschaft versus Zentralverwaltungswirtschaft gut sieben Jahrzehnte nach der Russischen Oktoberrevolution vorbei. Alle Länder der Welt sind – von Nordkorea abgesehen – als



Marktwirtschaft anzusehen. Die politischen Systeme des Westens, die im Zeichen des Kalten Krieges und des Wettbewerbs der Wirtschaftssysteme ein hohes Maß an Kooperation und politischer Disziplin über Jahrzehnte aufbrachten, sahen sich nach 1991 mit viel größeren Freiheitsgraden im politischen Handeln versehen; zumal auch weil die USA unter Präsident Obama sich mehr Asien als Europa in den Politikaktivitäten schwerpunktmäßig zuwandte und mit Ländern Asiens auf ein Trans-Pazifisches Partnerschaftsabkommen (TPP) hinwirkte.

Der Obama-Nachfolger Präsident Trump brach zwar den Ratifizierungsprozess in den USA 2016 ab. Aber das Abkommen wurde 2018 dann doch – ohne die USA – in Kraft gesetzt, wobei Japan als größtes der beteiligten 11 Länder nun eine unerwartete Führungsrolle hat. Sie erfolgreich auszufüllen dürfte für das wenig integrationserfahrene Japan schwierig sein. Aber es bietet Japan jedenfalls neue Chancen für Außenhandel, Direktinvestitionen und Kapitalverkehr. Die von den TPP-Starterländern realisierten Integrationsschritte ließen erkennbar die Chance für die USA offen, doch noch an Bord zu kommen, aber mit einer Wiederwahl von Präsident Trump wäre diese Option wohl zunächst auf viele Jahre verloren.

### **3. Ordnungsdefizit bei der Transatlantischen Bankenkrise**

Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen hat sich seit den 1970er Jahren bei Portfolioinvestitionen und seit den 1980er Jahren bei den Direktinvestitionen intensiviert. Bei der Technologieentwicklung gab es seit den 1990er Jahren eine Techno-Globalisierung, die sich um 2005 deutlich verlangsamt hatte (JUNGMITTAG, 2016). Die moderne Globalisierung der Wirtschaft seit den 1990er Jahren brachte drei wichtige Entwicklungen (JAUMOTTE ET AL., 2008):

- Eine weitere Handelsintensivierung, die im Einklang mit dem Heckscher-Ohlin-Ansatz eine internationale Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen begünstigt hat; man kann hinzufügen: auch im Kontext der Öffnung Chinas für den Außenhandel nach 1978.
- Eine Zunahme der ökonomischen Ungleichheit in vielen Industrie- und Schwellenländern hat sich durch die Finanzglobalisierung ergeben, die mit ihrer Realzinssenkung zugunsten von schon vermögenden Individuen – sie können Sicherheiten für Kredite leicht stellen – und zugunsten von qualifizierten Arbeitnehmern mit hohem Einkommen wirken, die Kreditwürdigkeit verschaffen; damit wirkt Finanzglobalisierung in allen Ländern auf eine steigende Einkommensungleichheit von qualifizierten Arbeitnehmern und Ungelernten hin.
- In die gleiche Richtung wirkt der digitale technische Fortschritt, der verzerrend bei der Arbeitsnachfrage zugunsten Qualifizierten wirkt.
- Hinzuzufügen ist, dass in der digitalen Wirtschaft Preis- bzw. Produktdifferenzierung oft relativ leicht vor sich geht, was bei vollständiger Preisdifferenzierung zu einer deutlichen Umverteilung zugunsten des Faktors Kapital führt (zu einer Mikrosicht siehe Anhang 5); das wiederum verstärkt die Einkommensungleichheit gerade in den bei der Digitalisierung führenden

Volkswirtschaften – also den USA, China, Japan, Korea und einigen EU-Ländern. Der US-Sachverständigenrat hat in seinem Gutachten 2016 darauf hingewiesen, dass die Ungleichheit in den USA zugenommen hat und insbesondere sich die sozialen bzw. vertikalen Aufstiegschancen in den Vereinigten Staaten relativ zu EU-Ländern vermindert haben (COUNCIL OF ECONOMIC ADVISERS, 2016); das kann zu einer US-bezogen subjektiv verminderten Wahrnehmung von Chancengleichheit führen. Zu den mit größerer Einkommensgleichheit als die USA versehenen skandinavischen Ländern ist speziell mit Blick auf Dänemark anzumerken, dass dort die soziale Chancengleichheit bei Bildung relativ groß ist – größer als in den USA –, während zugleich wegen der steuerbedingten Einkommensungleichheitskompression der Anreiz für Kinder aus armen Schichten über eine Hochschulstudium einkommensmäßig aufzusteigen, geringer als in den USA ist (LANDERSØ/HECKMAN, 2017). Hier zeigen sich interessante Aspekte einer transatlantischen neuen Systemkonkurrenz, wozu man natürlich u.a. noch Länder in Asien hinzudenken sollte.

Im Übrigen wirkt laut einer OECD-Studie die China-Exportexpansion auch auf eine Polarisierung der Löhne hin (BREEMERSCH ET AL., 2017), wobei chinesische Exporte offenbar indirekt auf eine Schrumpfung von Sektoren in OECD-Ländern mit bestimmten Industriesektoren hinwirken: Einige Beschäftigte der schrumpfenden Unternehmen wechseln in höherproduktive Industrie- oder Dienstleistungsfirmen, andere Beschäftigte in schrumpfenden Branchen finden nur einen neuen Arbeitsplatz zu deutlich verminderten Löhnen vor allem in wissen- und technologiemäßig eher einfachen Dienstleistungsfirmen.

Die Bankenaufsicht war vor 2008 vor allem national organisiert, teilweise war sie international, nämlich auf der Ebene der BIZ, wo die Basel-I-Regeln und dann die Basel-II-Regeln mit der Vorgabe einer Mindesteigenkapitalquote von 8% galten (Basel-II ohne US-Mitwirkung). Die zunehmende internationale Verflechtung der Banken und die Zunahme der internationalen Kapitalströme in den 70er und 80er Jahren und dann nochmals nach der Systemtransformation in Osteuropa bedeutete, dass es stabilitätspolitische internationale Spillover-Risiken gab. Aber es gab etwa in der EU vor 2008 kaum Koordinationsaktivitäten bei der Bankenaufsicht und in den EU-Ländern jeweils oft sehr unterschiedliche Modelle der Bankenaufsicht. Eine gemeinsame makroprudentielle Aufsicht wurde erst 2010 mit dem European Systemic Risk Board geschaffen, wobei das ESRB mit 53 Mitgliedsinstitutionen komplex ist und für die EU28-Länder nur Vorschläge machen kann. Der ESRB kam seinen statutenmäßigen Aufgaben in den Jahren 2017/2018 kaum nach, da eine von allen ESRB-Mitgliedsinstitutionen gemeinschaftlich betriebene makroprudentielle Analyse nicht erkennbar vorgetragen wurde (WELFENS, 2019).

Das Thema Internalisierung negativer externer Effekte, das im Kontext internationaler Banken Krisen wichtig ist, wurde schon in der Dekade vor 2008 weitgehend übersehen (WELFENS, 2012). Die Transatlantische Bankenkrise 2008-2010 fiel von daher sehr deutlich aus, gerade auch mit internationalen Übertragungseffekten und hohen Kosten vor allem für die mit den internationalen Kapitalmärkten bzw. den USA stark verflochtenen westeuropäischen EU-Länder. Stabilitätspolitisch in den USA, UK und der Eurozone notwendige geldpolitische Eingriffe – in Form von Quantitative Easing (Zentralbank kauft in einem Umfeld mit Notenbankzins nahe Null Staatsanleihen in großem Umfang zwecks Senkung des langfristigen Zinssatzes an) – haben einen scharfen Abschwung vermeiden

helfen können, aber die Sondersituation ultraniedriger Realzinssätze über mehrere Jahre im Westen verfestigt. Das schwächt die Effizienz der Kapitalmarktallokation und könnte zu schwachem Produktivitätswachstum führen, da viele Investitionsprojekte mit geringer Höhe des Kapitalgrenzproduktes realisiert werden. Hinzu kommt allerdings seit den 1990er Jahren eine besondere digitale Expansionsdynamik, die sich in Teiles des IKT-Sektors jedoch auch teilweise nicht zu üblichen normalen Wettbewerbsbedingungen vollziehen.

## **4. Internetwirtschaft: Digitaler Sozialismus mit Innovationsstärke**

Mit der Expansion der digitalen Internetwirtschaft in den 1990er Jahren entstanden neue Märkte, in denen einige Besonderheiten eine große Rolle spielten:

- Plattformangebote bzw. zweiseitige Märkte (ähnlich wie Märkte für Kreditkarten).
- Netzwerkeffekte bei Software und digitalen Dienstleistungen, was die Wettbewerbsintensität über hohe Markteintrittsbarrieren beeinträchtigen kann.
- Verbindung von Skaleneffekten und Netzwerkeffekten in Teilen des IKT-Sektors, was wegen erhöhter Markteintrittsbarrieren tendenziell neue Probleme bei der Wettbewerbspolitik schuf – wie auch schon in manchen Märkten Netzwerkeffekte allein. Es ist denkbar, dass auch hier langfristig die potenzielle Konkurrenz disziplinierend wirkt (HAUCAP/HEIMESHOF, 2014). Allerdings gibt es mit Blick auf die wichtige Rolle chinesischer Firmen in einem Teil der Digitalmärkte das Problem einer unzureichenden Kooperation in der Wettbewerbspolitik, wo eigentlich die USA, die EU, Japan und China sowie ggf. weitere Länder zusammen wirken müssten, wenn nachhaltiger Wettbewerb global erreicht werden soll.
- Im Internet entwickelte sich in Teilen eine „Gratiskultur“, bei der Nutzer „kostenlos“ Dienste nutzen konnten, was in der Realität allerdings bedeutete, dass es Quersubventionierungen gab – auch stark werbefinanzierte Spezialangebote – und zudem „unsichtbares Bezahlen“ mit eigenen Daten. Da es keine wohldefinierten Märkte für private Daten gibt, ist ein Teil der Internetmärkte durch mangelnde Eigentumsrechte und Verzerrungen mit Blick auf Kosten und Marktpreise geprägt; es fehlt auch häufig der Qualitätswettbewerb. Exemplarisch sei darauf hingewiesen, dass bei privaten Haushalten der Wert von Daten durch den Unterschied von Washington-Post-Jahresabo mit Zugang zu Kundendaten bzw. Werbeeinblendung für 60\$ versus Jahresabo ohne solchen Werbung („No on-site advertising or third-party ad tracking“) zum Preis von 90\$ (im Kern US-Kunden-Datenwert widerspiegelnd, da die Washington Post überwiegend US-Kunden hat) angezeigt wird. Das indirekte Bezahlen über höhere Produktpreise im Internet beworbener Produkte schwächt den Qualitätswettbewerb bei den eigentlich gekauften Produkten, was – mit Blick auf hedonische Preismessungskonzepte - auf eine faktische

Erhöhung des Preisniveaus hinaus läuft. Verglichen mit den sozialistischen Planwirtschaften gibt es paradoxerweise in der im Westen US-dominierten Internetwirtschaft einige strukturelle Ähnlichkeiten – etwa wenn die Kunden Waren zu quersubventionierten Preisen erhalten, so dass der Mechanismus der relativen Preise unzureichend wirkt bzw. so dass Ineffizienzen auf der Produktionsseite begünstigt werden: Man könnte pointiert von einem digitalen Sozialismus sprechen und in jedem Fall sind ordnungspolitische Defizite nicht zu übersehen. Die „digitale Gratiskultur“ im Internet gilt allgemein als populär.

Es entstand mit der Internetwirtschaft, teilweise sehr stark expandierend in einigen Feldern gerade auch in westeuropäischen EU-Ländern wie in den osteuropäischen Ländern mit geringen Pro-Kopf-Einkommen, eine Art digitaler Sozialismus: Es gab zahlreiche Dienste scheinbar umsonst bzw. zu quersubventionierten Preisen. Die üblichen Standards der Marktwirtschaft waren teilweise außer Kraft gesetzt und um das Thema digitale Eigentumsrechte an Daten – dem deutschen Rechtssystem besonders fernliegend – kümmerte sich der Staat in fast keinem Land. Entsprechend war der Anreiz etwa für große Firmen, sorgfältig mit Kundendaten umzugehen oder auch der Anreiz für jeden einzelnen Internet- bzw. Computernutzer, angemessen in Datensicherheit gezielt zu investieren, gering. Entsprechend gab es große Datenverluste zu verschiedenen Zeitpunkten in verschiedenen OECD-Ländern und die immer größere Vernetzung von Menschen, Maschinen und Firmen sorgt längerfristig für ein globales digitales Systemrisiko, nämlich eines Internet-Zusammenbruchs. Verschiedene Länder haben bereits Abkopplungsmanöver vom globalen Internet aus verschiedenen Gründen durchgeführt.

Zudem hat das Internet wohl die Eigenschaft, dass es politisch radikalisiert bzw. polarisierend wirkt. Ordnungspolitischen Konsens gibt es in Sachen digitale Eigentumsrechte auch bei News- und Info-Inhalten im Internet in der EU kaum, wie die Auseinandersetzungen um den Upload-Filter bzw. den Artikel 13 der geplanten EU-Direktive zum digitalen Urheberrecht im Frühjahr gezeigt haben. Bei der Besteuerung der Internet-Unternehmen (hier sind vor allem US-Firmen im Focus, die kaum Wertschöpfung in den meisten EU-Ländern anzeigen, aber hohe Umsätze) ist die Macron-Regierung Anfang 2019 im Alleingang mit einer 3%-Umsatzbesteuerung vorangegangen, da die Bundesregierung den Schulterschluss hier scheute – offenbar wegen der transatlantischen Handelskonflikte, wo Deutschland sich mit der strukturellen bilateralen Leistungsbilanzüberschussposition gegenüber den USA stärker erpressbar fühlt als Frankreich mit einer eher schwachen Außenwirtschaftsposition. Die Position der Bundesregierung, auf globale Besteuerungslösungen zu setzen, ist wohl beim Internet wegen des digitalen Führungsduos USA und China unrealistisch.

Es ist bemerkenswert, dass Mark Zuckerberg, Gründer von Facebook im März 2019 in einem offenen Brief ein Mehr an Internet-Regulierung gefordert hat (offenbar steht die Forderung u.a. im Kontext der Live-Internet-Übertragung des Massenmordes in zwei Moscheen in Neuseeland durch einen radikalen Einwanderer aus Australien). Dabei ist nicht ohne weiteres klar, auf welcher Politikebene – national, regional oder global – bestimmte Regulierungen erfolgen sollen. Allerdings sind Fragen der Daten-Sicherheit offenbar ein Kernproblem. Denn wenn große digitale Diensteanbieter über viele Millionen oder gar Milliarden Kundendaten, z.B. auch Kreditkarten-Daten, verfügen, dann gilt: Die Risiken sind aus Nutzersicht mit Blick auf mögliche Entwendung von Daten oder gefälschte Transaktionen sehr erheblich.

Die Internetaktivitätskosten für jeden einzelnen sind denkbar gering, der Qualitätswettbewerb im digitalen Nachrichtenmarkt schwach, da es keine Ratings für Info- oder Newsportale gibt – und von daher wird die in der Demokratie wichtige Kompromiss- und Konsenssuche seit dem Internetstart 1991 tendenziell erschwert; reißerische Überschriften oder „Radikal-News“ bringen Akteure bei Google oder Facebook im digitalen Popularitätsranking weit nach oben. Auf Basis digitaler Kommunikationsstrategien können offenbar gerade auch radikale Parteien sich in manchen Ländern gut entwickeln, was Populismus und damit Nationalismus und Protektionismus begünstigt. Das wiederum erschwert die internationale Kooperation und die regionale Integration wie gerade die EU zeigt, wo osteuropäische Mitgliedsländer teilweise auf Anti-EU-Kurs sind; Polen und Ungarn, jeweils unter konservativen Regierungen, sind hier insbesondere zu nennen. Dass die Juncker-EU-Kommission den Ernst der Anti-EU-BREXIT-Kräfte in Großbritannien in 2015/2016 nicht richtig erfasst hat, macht im Übrigen die EU-Kommission zu einem Mit-Verlierer beim historischen BREXIT in 2019. Immerhin hat die Juncker-Kommission mit der Gemeinschaft der EU-Länder in 2017/2018 insofern einen multilateralen Kurs – im Gegensatz zu den USA – beibehalten, als die Unterzeichnung des EU-Japan-Freihandelsabkommens gelungen ist. Japan ist nicht nur als große Wirtschaftsmacht in Asien für die EU wichtig, sondern das Land ist auch durch den Trump-Absprung vom ratifizierten Trans-Pacific-Partnership-Abkommen Anfang 2017 in einer wichtigen globalen Position, da unverhofft Japan bei TPP jetzt in einer politischen Führungsrolle ist. Japan war zunächst an einer Mitwirkung beim TPP zunächst gar nicht interessiert, erst etwa zwei Jahre vor Ende der Verhandlungen kam Japans Regierung dann doch noch an Bord und sah sich 2017, nach dem US-Ausstieg unter Präsident Trump plötzlich in einer Führungsrolle bei TPP (dabei versuchte Japan eine ganze Zeit noch, TPP für die USA offenzuhalten, da man offenbar hoffte, dass die USA unter Trump nach einer gewissen Verzögerung doch noch bei TPP mitwirken wollten). Das EU-Japan Freihandelsabkommen ist durch die TPP-Entwicklungen für die Europäische Union von besonderem Wert. Denn nach dem TPP-Ausstieg der USA ist Japan plötzlich ein strategisch mehrfach wichtiger Handelspartner. Möglicherweise könnte auch die ASEAN-Staaten vor diesem Hintergrund stärkeres Interesse auf mittlere Sicht entwickeln, mit der EU ein Freihandelsabkommen zu vereinbaren. Dabei kann man ähnliche Arten von Freihandelsabkommen als international ähnliche Ordnungspolitik einordnen; Länder mit ähnlichen Regeln werden sich eher auf gemeinsame Regelanwendung und -weiterentwicklung verständigen können, als wenn Länder in ganz unterschiedlichen ordnungspolitischen Ansätzen aktiv sind.

## **5. Globalisierungs-Ordnungsdefizit**

Die moderne Globalisierung der Wirtschaft bedeutet produktionsmäßig insbesondere, dass größere „Weltmärkte“ entstehen, wodurch wiederum die mindestoptimale Betriebsgröße ansteigt – verbunden mit weiteren Änderungen:

- Es kommt in OECD-Ländern verstärkt zu internationalen Unternehmenszusammenschlüssen, die in einigen Sektoren zu einer

verminderten Innovationsaktivität von supergroßen Firmen führen – in IKT-Teilektoren kann dennoch über potenziellen Wettbewerb unter bestimmten Bedingungen eine erhebliche Wettbewerbsintensität gesichert werden (HAUCAP/HEIMESHOF, 2014).

- Bei der weltweiten digitalen Expansion führt in einigen IKT-Teilektoren das Zusammenspiel von Netzwerkeffekten und Skalenvorteilen zu hohen Markteintrittsbarrieren – hier können oft zudem erhöhte Produktdifferenzierungen vorgenommen werden, so dass die Gewinnaufschläge (mark-ups) ansteigen; bei einigen digitalen Übernahmen werden von Großanbietern auf die Kundenzahl bezogen riesige Unternehmen mit allerdings noch schwach wachsenden Umsätzen und geringem Börsenwert der übernommenen Firmen übernommen, was die üblichen Wettbewerbs- bzw. Fusionskonzepte unangemessen erscheinen lässt; Marktmachtprobleme werden nicht angemessen erfasst.
- Hier entsteht also ein doppeltes neues Problem der Wettbewerbspolitik, das allerdings typischerweise nur mit grenzüberschreitenden Ansätzen gelöst werden kann.
- Da China zu den großen Anbietern in vielen IKT-Feldern gehört, bedeuten die US-chinesischen Handelskonflikte, dass es auch in wichtigen Bereichen der internationalen Wettbewerbspolitik eher nicht zu einer ordnungspolitisch wünschenswerten Zusammenarbeit USA, EU, Japan, China kommt.
- Für EU-Länder erscheint das Vordringen chinesischer Investoren – verstärkt sichtbar seit 2005 – ordnungspolitisch doppelt problematisch, soweit es sich um Staatsunternehmen handelt; es kann schwerlich Sinn westlicher Wirtschaftspolitik oder von EU-Politik sein, sich auf eine aktive Wettbewerbspolitik mit Fokus auf privaten Anbietern hin auszurichten und dann zuzusehen, dass große Staatsunternehmen aus China durch den Aufkauf privater europäischer Firmen faktisch den (ausländischen) Staatseinfluss vergrößern. Zweitens ist zu erwarten, dass mit wachsender Größe global agierender chinesischer Staatsunternehmen diese in China lobbymäßig gegenüber der Regierung Chinas dominant stark aufgestellt sind und dann auch bei internationalen Forderungen nach mehr Kooperation in der Wettbewerbspolitik Chinas Regierung in eine Richtung drängen: Nämlich neuen Versuchen zur Errichtung eines globalen Ansatzes in der Wettbewerbspolitik abwehrend entgegen zu treten.

Wenn nun zunehmend große Firmen aus China auf der Anbieter- und Exportseite in der Weltwirtschaft aktiv sind, dann ist das doppelt problematisch, weil die USA unter Trump auch die Welthandelsorganisation zunehmend geschwächt haben und in der Tat den WTO-Streitbeilegungsmechanismus zum Ende 2019 blockiert haben. Denn die eigentlich notwendige Nachwahl von Richtern für das WTO-Berufungsgericht (Appellate Body) wurde durch die Trump-Administration blockiert. Der Streitbeilegungsmechanismus funktioniert nicht mehr.

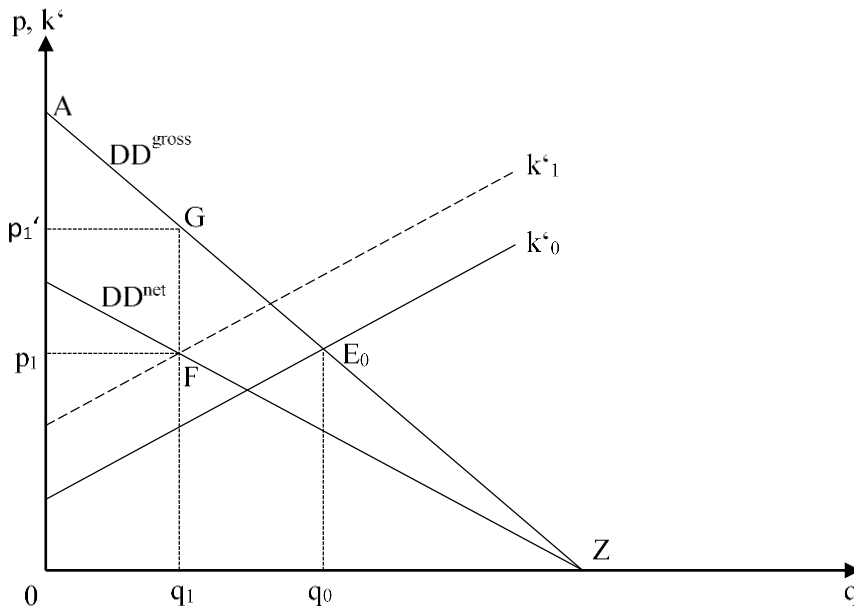
### ***Governance-Probleme bei Globalisierung im frühen 21. Jahrhundert***

Die Regelsetzung für die Weltwirtschaft ist durch die Expansion der Digitalisierung, die per se global ist, in wichtigen Feldern lückenhaft und durch eine anhaltende Schwächung

des Multilateralismus – via Trump-Administration - mittelfristig teuer in mehrfacher Hinsicht:

- Die G20 sind als neuer globaler Regulierungsakteur seit der Bankenkrise bzw. seit November 2008 sichtbar aktiv geworden, aber gemeinsame Regelsetzung gelingt selten, da es sich um eine relativ große Gruppe (mit hohen Interdependenzkosten nach Buchanan/Tullock) mit heterogenen Interessen handelt – etwa gemessen an der Varianz der realen PPP-Pro-Kopf-Einkommen; oder der Zeitpräferenzen der beteiligten Mitgliedsländer bzw. der Menschen in diesen Ländern (GPS-Survey IZA-results; FALK ET AL., 2018)
- Die Höhe der Transaktionskosten steigt wegen der Regulierungslücken, was den Keil zwischen Brutto- und Netto-Nachfrage größer werden lässt, während zugleich für die Investoren wegen des geschwächten Multilateralismus erhöhte Risiken entstehen, was in einem stochastischen Standard-Mikromodell des Marktes die Grenzkostenkurve bzw. die Angebotskurve nach oben verschiebt (WELFENS, 1990) – und beide Effekte vermindern die Gleichgewichtsmenge und daher die Beschäftigung.
- Wenn die USA und UK die EU-Integration schwächen, vermindert sich nicht nur die EU-Stabilität, sondern es entsteht ein negatives Signal an alle regionalen Integrationsräume weltweit (z.B. Mercosur, ASEAN, ECOWAS).

**Abbildung 1: Effekt erhöhter Transaktionskosten ( $DD^{gross}$  vs.  $DD^{net}$ ) und erhöhter Kostenrisiken ( $k'_1$  statt  $k'_0$ )**



Quelle: eigene Darstellung

Eine verminderte Stabilität regionaler Integrationsclubs bedeutet in Verbindung mit geschwächtem Multilateralismus eine globale Schwächung des Handelsliberalismus und damit einen Impuls zur Abschwächung ökonomischer internationaler Konvergenzprozesse; mithin nimmt der internationale Migrationsdruck dann zu, was wiederum den Populismus

begünstigt. Darüber hinaus sind wichtige Änderungen im System internationaler Organisationen durch den BREXIT zu erwarten (EICHENGREEN, 2019).

## **6. Politischer Populismus in den USA, UK und Kontinental-europa**

Der politische Populismus im Westen ist durch das BREXIT-Projekt und den Trumpschen Sieg im US-Präsidentenwahlkampf in 2016 geprägt. Als populistische Hauptperson hinter dem BREXIT kann Nigel Farage von der Partei UKIP gezeigt werden; aber auch Teile der Konservativen (Tory party) haben sich mit populistischen Aussagen, z.T. immigrations- und ausländerfeindlich und den Fakten widersprechend, in 2016-2018 zu profilieren versucht. Dass Premier May schon 2017/18 politisch die besondere Nähe zum neuen US-Präsident Trump suchte, war bemerkenswert, da doch dieser deutlich protektionistisch aufgestellt war, während UK traditionell – auch in der EU – eher für Freihandel und Multilateralismus eingetreten war.

Mit Blick auf die USA und die Frage nach der Dauer von US-Populismus als einflussreiche Politikströmung kann eine neue Hypothese formuliert werden, die sich auf Basis ökonomischer Analysen zur Einkommensungleichheit und mit Blick auf neuere US-Umfrageergebnisse ergibt (WELFENS, 2019):

- Der Anteil der unteren 50% der Einkommensbezieher in der US-Einkommenspyramide ist von 20% in 1981 auf 13% in 2015 gefallen – das ist eine viel dramatischere Entwicklung als in Westeuropa mit einem Rückgang von 22% auf 20% im Vergleichszeitraum.
- Nachfragen bzw. Exit-Polls nach den US-Midterm-Elections in 2018 haben ergeben, dass die Wähler als die beiden wichtigsten Politikthemen die Einwanderung und die Reform des Gesundheitssystem betrachteten – mit Blick auf die ökonomische Ungleichheit wird diese zwar als zunehmend unfair empfunden, aber nach den US Umfrageergebnissen von LINDH/McCALL (2018) soll gar nicht die Politik die Einkommensungleichheiten korrigieren: Vielmehr geht eine relative Mehrheit der Befragten davon aus, dass die Großunternehmen Korrekturen hin zu mehr Einkommensgleichheit herbeiführen sollen.
- Die genannte Befragten- bzw. Wählersicht zur Rolle von Großunternehmen als Akteure effektiver Umverteilung zeigt ein verbreitetes Wunschdenken – es läuft darauf hinaus, dass über viele Jahre noch die untere Einkommens- bzw. Wählerhälfte mit immer neuen Frustrationen in Sachen Einkommensungleichheit leben müssen und von daher auch mittelfristig eine hohe Neigung haben dürfte, populistischen Kandidaten hinterher zu laufen; so wie bei Trump, dessen Rhetorik erfolgreich auf die vergessenen Männer und Frauen der ärmeren Schichten in vielen Wahlkampfreden 2016 abhob und dessen Protektionspolitik auf mehr US-Industriejobs setzt.

Tatsächlich war Trump relativ erfolgreich bei armen Wählerschichten. Bei Individuen mit weniger als 30 000 \$ Jahreseinkommen konnte Trumps Gegenspielerin Hillary Clinton



nicht mehr die 63% Stimmenanteil von Präsident Obama bei seiner Wiederwahl gewinnen, sondern nur 53%. Damit war die Präsidentschaftswahl für Hillary Clinton 2016 dann verloren. Dabei wird hier nicht behauptet, dass Trump nur von ärmeren Wählern gewählt wurde, sondern natürlich haben auch weiße frustrierte Wähler bzw. Industriearbeiter aus der Mittelschicht – etwa Job- und Einkommensverlierer in US-Sektoren, die sich stark verstärkter China-Konkurrenz ausgesetzt sahen – zu den wichtigen Trump-Wählerschichten in 2016 gehört.

Zu den Sonderbarkeiten der Trump-Administration gehört die Rolle des Council of Economic Advisers (CEA), der ausweislich seines Jahresgutachtens 2018 und seiner Studie vom Oktober 2018 „The Opportunity Costs of Socialism“ deutlich ideologisch gefärbte Positionen darstellt; mit teilweise wenig Bezug zum Stand des volkswirtschaftlichen Wissens und auch einer wenig kritisch-selbstreflexiven Analyse. Die Oktober-Studie fokussiert etwa auf Venezuela und Kuba als sozialistische Negativ-Beispiele und zudem auf den nordischen Staaten bzw. den Staaten Nordeuropas, um die ökonomische Führungsposition bzw. Wohlfahrtsvorteile der USA zu unterstreichen. Doch ist die Vergleichsanalyse beim realen Pro-Kopf-Konsum (auf Kaufkraftparitätenbasis) für das Jahr 2016 völlig irreführend und methodisch höchst fragwürdig: Der CEA (2018) behauptet, dass die nordischen Länder – ohne Norwegen – 30% Rückstand beim Pro-Kopf-Konsum gegenüber den USA hätten und Norwegen auf 82% des US-Niveaus käme. Verwendet man hingegen das sinnvollere Konzept des effektiven Lebenszeit-Pro-Kopf-Konsums – hier wird auch der Freizeitvorsprung europäischer Länder monetär bewertet und die Lebenserwartung einbezogen sowie zudem eine Bereinigung um die transatlantischen Gesundheitskostenausgabenquoten (privat getragene Gesundheitskosten relativ zum Einkommen) vorgenommen –, dann ist der Rückstand der Nordic Countries (ohne Norwegen) nur 12% und der Vergleich Norwegens mit den USA zeigt 2% Vorsprung für den norwegischen Pro-Kopf-Wert beim effektiven Lebenszeit-Pro-Kopf-Konsum (WELFENS, 2019). Im Übrigen gilt: Beim Vergleich Deutschland-USA und Frankreich-USA sind die deutschen Werte beim Lebenszeiteinkommen gleichauf mit den USA (WELFENS, 2019). Von daher gibt es auf einer solchen transatlantischen Benchmarking-Perspektive vernünftige Argumente für westliche und nordeuropäische EU-Länder, das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft zu exportieren; zumal nicht nur die Lebenserwartung in west- und nordeuropäischen Ländern höher als in den USA ist, sondern auch die Säuglingssterblichkeit geringer als in den Vereinigten Staaten. Diese Sichtweise heißt nicht, Reformfordernisse bzw. Probleme in einigen EU-Ländern zu ignorieren oder auch die Optionen von EU-Ländern, in bestimmten Bereichen etwa von den USA zu lernen – etwa im Bereich Risikokapitalversorgung – übersehen zu wollen. Die neue internationale Systemkonkurrenz (nach dem Kalten Krieg) ist eben auch eine transatlantische.

Was den Populismus in Kontinentaleuropa angeht, so ist Italien unter der Conte-Regierung für Westeuropa eine Herausforderung. Mit einer politischen Mischung ähnlich wie in Griechenland unter der Zsyprias-Regierung, nämlich linkspopulistische und rechtspopulistische Partei als Regierungskoalition, geht man in der Conte-Regierung auf einen Anti-Euro-Kurs, der zugleich in einigen Feldern auch ein Anti-EU-Kurs ist. Die EU hat auf Italiens Haushaltsprobleme mehrfach hingewiesen und der Italien-Bericht der EU (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2018) zum Europäischen Semester von 2018 ist an mehreren Punkten kritisch. Italien ist unter der Conte-Regierung das erste westliche EU-

Land, das mit China Verträge zur Mitwirkung beim Aufbau der Neuen Seidenstraße unterzeichnet, womit Firmen aus China insbesondere Beteiligungsmöglichkeiten bei Italiens Häfen und Flughäfen erhalten dürften. Ob dies längerfristig für die EU problematisch wird, ist schwer abzusehen.

Im Übrigen hat China in Osteuropa mit dem Kooperationsformat 16+1 osteuropäische EU-Länder für das Seidenstraßenprojekt gewinnen können; Italien könnte ein Brückenkopf im Westen der EU werden, wobei allerdings auch Duisburg als Endpunkt einer Fracht-Bahnlinie von China her für eine aktive deutsche Mitwirkung steht. Dem Sog eines wachsenden China-Bruttoinlandsproduktes wird sich Europa auf Dauer kaum entziehen können.

In Italien spielte für den Aufstieg der Populisten-Parteien eine wichtige Rolle die ökonomische Frustration im Kontext eines 20 Jahre lang nicht gestiegenen verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommens (2015 auf dem selben Niveau wie 1995). Es fehlt bei IWF, OECD und EU mit ihren diversen Politik-Überwachungsinstrumenten (z.B. IMF Article IV missions zur Überwachung der Fiskal- und Geldpolitik: jährlich) – bei bislang nur kurzfristiger Orientierung – ein längerfristiger Wachstumsmonitor; den ersetzt auch das Europäische Semester in der EU bei genauer Betrachtung bislang nicht.

Bei einer Stärkung der Anti-EU-Parteien im Europäischen Parlament nach den Europa-Wahlen 2019 wird sich die innere politische Unterminierung der EU verstärken, wobei auch in Frankreich und Deutschland rechtspopulistische Parteien mit hohen Stimmwerten rechnen. Anti-EU-Parteien hatten 2014 in Frankreich und UK die Europa-Wahlen relativ gewonnen, was ein Warnsignal für die EU sein sollte.

Populistische Regierungen spielen auch in Osteuropa eine wichtige Rolle, wobei dort weniger eine postmaterielle Werteorientierung in breiten Teilen der Wählerschaft besteht als in Westeuropa. Zudem wird durch die neue Allianz von Katholischer Kirche und konservativen Regierungen in Polen und Ungarn eine neo-nationalistische konservativ-populistische Ideologiewelle begünstigt, die innerhalb der EU eine bestehende Ost-West-Wertedivergenz verstärkt und damit auch die Kooperation innerhalb der Europäischen Union erschwert.

## **7. BREXIT-Desintegrationsdruck und Reformfordernisse bei der EU**

Das britische BREXIT-Referendum fand am 23. Juni 2016 statt und brachte eine Mehrheit von 51.9% für einen EU-Austritt. Vorgesehen war der britische EU-Austritt für den 29. März 2019, aber da sich im Januar und im frühen März keine britische Unterhaus-Mehrheit für den EU-UK-Austrittsvertrag fand, bat die UK-Premierministerin May um eine Fristverlängerung bei der EU und bekam im März zunächst eine bis zum 12. April 2019; mit eher geringen Aussichten, bis dahin eine Austrittsmehrheit im Britischen Parlament zustande gebracht zu haben. Die EU ließ die Möglichkeit einer weiteren „langen“ Fristverlängerung auf dem EU-Gipfel von 21./22. März offen, die allerdings dann auch die

Wahl von britischen EU-Abgeordneten mit sich brächte und womit der BREXIT dann in sonderbarer Weise die Europa-Wahlen thematisch überlagern könnte. Ob sich im Britischen Parlament ein Konsens für die denkbare Kompromiss-BREXIT-Lösung Zollunion rechtzeitig ergeben wird – bevor ein harter BREXIT als „Rest-Lösungsmenge“ zustande kommt –, war zum Zeitpunkt des Abschlusses der Analyse unklar.

An dem Referendum kann man aus formaler Sicht einen sehr wesentlichen Kritikpunkt vorbringen, dass nämlich die Informationsstandards merkwürdig vermindert gegenüber dem Schottland-Unabhängigkeitsreferendum von 2014 waren. Damals rechnete die Cameron-Regierung den Wählern in einer Info-Broschüre vor, dass jeder Schotte im Unabhängigkeitsfall 1400 Pfund pro Kopf verlieren werde „and all the benefits from British EU membership“. In 2016 hatte eine Treasury-Studie, verfügbar regierungintern Anfang April, ergeben, dass ein BREXIT 10% Einkommensdämpfungseffekt entspreche, nämlich 6% negativer Direkteffekt und zudem 4% Verlust aus den nicht-realisierten EU-Zugeständnissen (etwa zur Vertiefung des Binnenmarktes, insbesondere bei Dienstleistungen), die Cameron in den Verhandlungen mit der EU Anfang 2016 ausgehandelt hatte. Hätte die an alle Haushalte in UK verschickte Cameron-Broschüre, die keinerlei Info über den drohenden 10% Einkommensdämpfungseffekt enthielt, den Wähler hierzu die Simulationsergebnisse aus der Treasury-Studie genannt, so wäre auf Basis von Simulationen mit einer Standard-UK-Popularitätsfunktion von FREY/SCHNEIDER (1978) – und ähnlichen neueren Studien – ein Abstimmungsergebnis von 52% pro EU zu erwarten gewesen (WELFENS, 2016; 2017b). Die von May behauptete klare Mehrheit für BREXIT wäre in einem ordnungsgemäßen Referendum gar nicht zustande gekommen.

Die Neigung zur Darlegung der Fakten – der Wahrheit – war auch bei Premier May gelegentlich wenig ausgeprägt, da sie in ihrem Weißbuch 2017 behauptete, dass die EU-Zuwanderung eine große langfristige Bürde für UK gewesen sei, während OECD-Berechnungen zeigten, dass Zuwanderer für UK einen deutlich positiven Netto-Budgeteffekt bedeuten; bei EU-Zuwanderern ist dieser im Übrigen noch größer als für alle Zuwanderer im Durchschnitt, da die Erwerbsquote relativ hoch und das Durchschnittsalter der Zuwanderer gering ist (WELFENS, 2016; 2017b).

Das Zuwanderer-Thema spielte für die BREXIT-Mehrheit eine erhebliche Rolle, wobei von außen auch die relativ merkwürdige Merkel-Flüchtlingspolitik wohl auf die UK-Debatte einwirkte – Kanzlerin Merkel hatte im Spätsommer 2015 eine Grenzöffnung für die Flüchtlingswelle verfügt, ohne auch nur eine einzige Bundestagsdebatte zu dieser gewichtigen (in sich wohl auch vertretbaren) Entscheidung einzuberufen. So entstand ein Legitimitätsdefizit und wegen der Desorganisation seitens der Bundesregierung, die nicht auf notwendigen Identifikationsmaßnahmen bei den Flüchtlingen bestand (Foto, Speichelprobe, Fingerabdruck), ergab sich in Deutschland ein breites Unsicherheitsgefühl, auf das Anti-EU-Aktivistinnen in UK – allen voran Farage als Anführer von UKIP – im Referendumswahlkampf hinwiesen. Im Kern allerdings zeigte sich, dass die Anti-EU-Einwandererrhetorik schon auf Cameron ab 2012 zurückging, der sich nämlich wegen der Transatlantischen Bankenkrise einer Defizitquote von zeitweise gut 10% gegenüber sah (und man sieht nachfolgend, dass indirekt die Bankenkrise zum BREXIT führte, soweit das Thema EU-Immigration als unerträgliche UK-Bürde so politisch hochgekocht wurde). Die hohe Defizitquote rasch zurückzuführen versuchte Cameron insbesondere durch eine binnen fünf Jahren massive Minderung der Transfers an die Kommunen, nämlich um 5,5% des Bruttoinlandsproduktes, zu erreichen: Dort führte das zur Unterversorgung mit

kommunalen öffentlichen Diensten und die Cameron-Rhetorik diente dazu, den politischen Unmut auf die EU-Zuwanderer als Sündenbock zu lenken – diese Zuwanderung war quantitativ für UK im Übrigen schon deshalb nicht ernstlich belastend, da sie einer jährlichen Bevölkerungszunahme von nicht mehr als 0,2% bis 0,3% (in der Spitze) entsprach (WELFENS, 2016; 2017b).

Zu all diesen Fakten schwieg die Europäische Kommission und sie brachte es auch im Angesichts von grotesken Fehlinfos der BREXIT-Befürworter auf ihrem roten Kampagne-Bus nicht fertig, die dort fälschlicherweise genannten 350 Mio. Pfund britische EU-Wochenbeitragszahlung, die laut Bus-Plakat künftig ins Nationale Gesundheitssystem fließen sollten, als politische Lüge zu benennen – etwa indem man einen blauen Info-Bus in alle EU-Länder mit relevantem Info-Aufdruck als Teil einer allgemeinen EU-Info-Initiative geschickt hätte. Immerhin schrieb am 17. September 2017 der Chef der britischen Statistikbehörde, Sir David Norgrove, einen offenen Kritikbrief an den Außenminister Boris Johnson, nachdem dieser die grob irreführenden Zahlen in einem Zeitungsbeitrag neuerlich wiederholt hatte (ins NHS könnte eine künftige Regierung natürlich nur die Netto-Beitragszahlungen stecken, da ja jede solche Regierung bislang geleistete Brüsseler Zahlungen an UK-Regionen, -Universitäten und -Firmen aus der nationale Kasse erstatten würde; Netto-Beitragszahlung ca. 170 Mio. Pfund pro Woche): Johnson verwechsele Brutto- und Nettozahlungen und Johnsons Darstellung sei ein „misuse of official statistics“ (Missbrauch offizieller Statistik); Premier May wiederum verteidigte daraufhin ihren Außenminister. Die politische Qualität eines mit Regierungs-Fehlinfos forcierten BREXIT kann man offensichtlich kritisieren, ebenso wie die Vielzahl von roten Linien seitens von Premier May, die kaum einen Verhandlungsspielraum Richtung weichen BREXIT erlaubten. Über die Art des BREXIT hatte das Referendum keine Aussage gemacht.

Die BREXIT-Mehrheit in der britischen Volksbefragung 2016 war eine bemerkenswerte dreifache Überraschung: a) für die Cameron-Regierung; b) für die Europäische Kommission bzw. Deutschland und Frankreich – weder in Brüssel noch in Berlin und Paris gab und gibt es ein nennenswertes politisches Risikomanagement, was ein Schwäche der Politik der EU sowie von Deutschland und Frankreich bedeutet; c) die Kapitalmarkt-Akteure, die überwiegend eine Remain-Mehrheit erwarteten, wie Kapitalzuflüsse in der Woche vor dem Referendum und die Pfund-Aufwertung in den Tagen vor dem 23. Juni 2016 anzeigten. Der Westen versteht sich offenbar quasi selbst auf wichtigen Feldern nicht mehr und das wiederum bedeutet, dass Politiksignale auch auf internationaler Ebene als weniger glaubwürdig als bisher gelten. Das könnte zu politisch bedingt erhöhten Risikoprämien für einige OECD-Länder führen.

Es ist auch klar, dass im Zuge des BREXIT-Prozesses die Glaubwürdigkeit der britischen Regierung im In- und Ausland im Zuge des BREXIT-Prozesses erheblich gesunken ist. Das gilt notwendigerweise auch über die EU-Frage hinaus, etwa bei Sicherheitspolitik bzw. bei Zusagen langfristiger Art. Denn wer nach 46 Jahren EU-Mitgliedschaft ohne eigene wirtschaftliche Krisensituation aus der EU ausscheidet, dessen politischem Orientierungssinn wird man wohl misstrauen, zumal der BREXIT zum Plandatum 29. März 2019 nicht vollzogen war und der BREXIT selbst eine mittelfristige ökonomische Krisensituation herbeiführen wird; etwa binnen fünf Jahren 7,5%-10,5% Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes und deutlich erhöhte Inflationsraten und Arbeitslosenquoten in UK, wie dies jedenfalls die Studie der Bank of England im Dezember 2018 zeigte (BANK OF ENGLAND, 2018). Die Frage nach den BREXIT-Effekten ist umstritten.

Nicht überzeugend ist die Ifo-Analyse zu einem Hart-but-Smart-BREXIT im Sinn von No-Deal-BREXIT plus Senkung der UK-Importzölle auf 0, die auf einen für UK günstigen Rückgang von 0,5% beim Konsum kommt – allerdings bei Annahme von unveränderter Beschäftigung (FELBERMAYR, 2019); wenig sinnvoll bei einem nicht marginalen BREXIT-Schock plus massivem Strukturwandel (wegen BREXIT und wegen der Zollsatz-Herabsetzung auf 0), die beide in der Realität zu erhöhter Arbeitslosenquote und also auch deutlich höherem Konsumrückgang als 0.5% führen werden.

Der Westen wird nach dem BREXIT tendenziell ein zerfallender Westen sein, der von der Politikdynamik in UK sowie den populistischen US-Tendenzen geprägt sein wird. Da UK sich nach dem BREXIT einer strukturellen Wachstumsabschwächung gegenübersehen wird die britische Regierung (unter May oder einem Tory-Nachfolger) längerfristig auf drei Punkte setzen:

- ein Absenken der Körperschaftssteuer auch unter die schon von der May-Regierung programmierte Marke von 17% - damit soll die Investitionsquote erhöht werden;
- eine Banken-Deregulierungswelle. Auch dies soll die Investitionsquote erhöhen, und dabei zugleich neue Direktinvestitionen im Finanzbereich anlocken;
- eine britische Militärexpansion, die den Zweck haben wird, Verteidigungskooperation anzubieten, um im Gegenzug bessere Konditionen bei neuen UK-Freihandelsabkommen zu erzielen (Verteidigungsminister Gavin Williamson betonte 2019 mehrfach, dass UK nach einem BREXIT Großmachtinteressen international stärker verfolgen wolle).
- mit Trumpismus-Politik bedeuten dürfte:
- ebenfalls weiteres Absenken der US-Körperschaftssteuersätze,
- eine Banken-Deregulierungswelle, die wie die Körperschaftssteuersatz-Senkung schon 2018 unter Trump begonnen hat,
- ein deutlicher Druck auf Nato-Partner und Partner-Länder in Asien zwecks Erhöhung der Verteidigungsausgaben, was letztlich zu erhöhten US-Militärexporten führen soll bzw. die sich tendenziell weiter verschlechternde Leistungsbilanzdefizitquote positiv beeinflussen soll.

Die Europäische Union wird sich nach dem BREXIT von weiteren Austrittsmanövern bedrängt sehen, wobei Italiens populistische Regierung ein wesentlicher Akteur sein wird. Die populistische Conte-Regierung lehnt offenbar auch die Bail-in-Lösung bei Banken Krisen ab, wie Anfang März 2019 aus Rom zu hören war. Längerfristig könnten auch andere EU-Länder – etwa in Skandinavien – zu EU-Exit-Kandidaten werden; Länder, denen UK Avancen machen könnte für eine Art neue EFTA+. Einige osteuropäische EU-Länder mit wenig gefestigter EU-Orientierung und hohem Anteil populistischer Wähler sind ebenfalls potenzielle Austrittskandidaten, zumal ein Kombiangebot von britischem Militärschutz und EFTA-Mitgliedschaft für einige Baltische Länder und Polen sowie Ungarn womöglich als längerfristig interessant erscheinen könnte.

Die EU wird sich mittelfristig vor die Alternativen gestellt sehen:

- sich in der politischen Kooperation zu verkleinern und das hieße letztlich, auch die Zollunion aufzugeben und sich zu einer Freihandelszone integrationsmäßig

zurück zu entwickeln, wobei Deutschland als größtes EU-Land versuchen könnte – wie auch Frankreich, zu dem eine neue Rivalität entstünde – sich in bilateralen Handelsverträgen besondere Vorteile zu verschaffen (wenn die Zollunion mit ihren gemeinsamen Außenzollsätzen nicht länger gilt, kann jedes Land bilaterale Importzölle festlegen). Dass die EU auf diese Weise am Ende zerfiele, ist offensichtlich. Es bliebe dann womöglich eine Art Deutschlandgeführtes neues Mitteleuropa und eine von Frankreich geführte Mediterrane Union.

- Die EU könnte sich zu einer sinnvoll vertieften Europäischen Union entwickeln. Eine solche EU bzw. Eurozone wäre weniger bürokratisch, aufgaben- und ausgabenmäßig stark auf EU-Infrastrukturprojekte und EU-Verteidigungsprojekte ausgerichtet sowie, der Logik des Fiscal Federalism (OATES, 1999) folgend, auf eine gewisse Umverteilungspolitik in Verbindung mit einer eigenständigen Steuerpolitik fokussiert. Die nationale Wirtschaftspolitik der meisten EU-Länder wird solche Kompetenzverschiebungen nur sehr zögerlich in Erwägung ziehen, zumal Neo-Nationalismus bzw. Populismus den Widerstand gegen Supranationalisierung stärken. BURDA (2019) hat argumentiert, dass die EU ein gut aufgestelltes Steuer- und Transfersystem braucht – ähnlich dem US-System -, um die interregionalen Pro-Kopf-Einkommensdifferenzen vernünftig begrenzen zu können (allerdings ist anzumerken, dass die Einkommensumverteilung etwa in Deutschland, bezogen auf Gini-Statistikwerte für die Einkommensverteilung vor und nach Umverteilung, umfassender bzw. stärker wirkt als in den USA). Es ist kaum erkennbar, dass die EU-Länder einen Konsens zu einer EU-Vertiefung erzielen könnten, der auch von breiten politischen Mehrheiten getragen und in überzeugenden vernetzten digitalen Kommunikationsansätzen verankert wäre.
- Eher wahrscheinlich ist, dass die Europäische Union sich in gewissen Etappen zu einem relativ ineffizienten Politikclub entwickelt: Mit zu wenig Integration in der Fiskalpolitik und verfrühtem Abschluss der Bankenunion durch eine vergemeinschaftete Einlagensicherung – hier drohen erhebliche Haftungskosten auf Deutschland überzugehen und es wird ein großer Druck im zweiten Halbjahr 2020 entstehen, dem Jahr der EU-Ratspräsidentschaft, die EU-Einlagensicherung umzusetzen. Wenn Deutschland die Ratspräsidentschaft hat, wird sich die Bundesregierung schwer tun, sich gegen eine Initiative zur EU-Einlagensicherung zu stemmen; es sei denn, man hätte schon im Vorfeld deutlich kommuniziert, dass diese Thematik während der deutschen Ratspräsidentschaft nicht auf der Agenda der EU stehen soll. Je schwächer die ökonomische Logik der EU-Integration ist, um so stärker die Möglichkeiten für populistische Kräfte auf nationaler und supranationaler Ebene, die Europäische Integration in Misskredit zu bringen und die EU-Zerlegung politisch erfolgreich von innen anzugehen.

Es ergibt sich die Einsicht, dass Westeuropa mit seiner gut einhundertjährigen Geschichte einer Kombination von Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Parlamentarischer Demokratie – bei Deutschland mit Ausnahmejahren 1933-1949 in Westdeutschland und 1933-1989 in Ostdeutschland (und auch Ausnahmejahren in Portugal, Spanien und Griechenland) – 2015/2016 in eine doppelte Krise geraten ist:

- Angesichts der Flüchtlingswelle 2015 hat Kanzlerin Merkel sich entschlossen, Ende August die deutschen Grenzen zu öffnen – allerdings hat sie ein

Politikversagen in diesem Kontext realisiert, da diese außerordentliche große Weichenstellung ohne vorherige Einberufung des Deutschen Bundestages stattfand. (Deutschland fiel für einige Monate ansatzweise zurück in eine Art bonapartistisches Regime, das eine demokratische, aber keine parlamentarische Regierung hatte.) Zudem machte die Merkel-Regierung u.a. den technischen Fehler, von den Flüchtlingen beim Grenzübertritt Foto, Speichelprobe und Fingerabdruck nicht zu nehmen, was eine machbare Improvisationsmaßnahme im Interesse der Inneren Sicherheit gewesen wäre. So entstand breit der Eindruck eines gefährlichen Kontrollverlustes in einer Zeit erhöhter islamistischer Terrorbedrohung und damit begann der historische Aufstieg der AfD; die alte Bundesrepublik Deutschland war damit am Ende.

- 2016 ging durch die BREXIT-Mehrheit beim EU-Referendum eine historische EU-Erfolgsgeschichte vorläufig zu Ende; erstmals sah eine Mehrheit in einem EU-Mitgliedsland unzureichende Vorteile des EU-Clubs für eine Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft – EU-Reformen sind schon von daher dringend notwendig, aber ein Reformkonsens etwa bei Deutschland/Frankreich als traditionellem EU-Reformmotor fehlt.
- Mit dem BREXIT werden sich zahlreiche Länder mit dem Problem konfrontiert sehen, dass UK nicht mehr als Gegengewicht gegen eine denkbare Dominanz Deutschland/Frankreich verfügbar ist – „governance“ in der EU ändert sich von daher längerfristig deutlich, wobei formal gesehen bei gewichten Abstimmungen im Europäischen Rat (erforderlich ist eine doppelte Mindest-Mehrheit von 55% der Mitgliedsländer und 65% der Bevölkerung) Deutschland und Frankreich an Einfluss durch den BREXIT gewinnen; zudem auch, und zwar am meisten, Polen und Spanien (KIRSCH, 2016). Kirsch nutzt für seine Berechnung den Banzhaf-Index.

Der BREXIT ist ein deutlicher Rückschlag bei der EU-Integration. Denn die EU verliert wohl nach 46 Jahren britischer EU-Mitgliedschaft ihr am Bruttoinlandsprodukt gemessenes zweitgrößtes Mitgliedsland, und zwar erstens unerwartet mit Blick auf die BREXIT-Mehrheit im britischen EU-Referendum 2016 und zweitens überhaupt erstmalig ein Mitgliedsland. Das EU-Politikmanagement, das EU-Verständnis von Subsidiarität und auch die EU-Informationsbeschaffung sind widersprüchlich und zeitweise schwach:

- Das EU-Barometer ist methodisch offenbar fehlerhaft, da von einer BREXIT-Mehrheit bzw. einer mehrheitlichen britischen Unzufriedenheit in den von der Kommission erhobenen Zahlen im Frühjahr 2016 nichts zu sehen ist – dass die UK-Anti-EU-Stimmen sich binnen weniger Monate um gut 15 Prozentpunkte erhöht haben sollen, ist völlig unplausibel. Am EU-Barometer wurde methodisch nichts geändert, was so nicht bleiben sollte; Methodenkritik und -verbesserung sind beim EU-Barometer nötig.
- Als Subsidiarität gilt eine kompetenzmäßige allgemeine Vorfahrtsregel in der Politik, wonach die EU nicht Politikfelder übernehmen soll, die ein Mitgliedsland ebenso gut oder besser – auch bürgernäher (wählernäher) – realisieren kann – eine Sichtweise, die irreführend ist, wenn man nicht die Kompetenzzuweisung zusammen mit Effekten bei der Wählerbeteiligung bzw. der induzierten Intensität des politischen Wettbewerbs betrachtet (hätte die EU z.B. mehr Aufgaben und Ausgaben bei Infrastruktur, Verteidigung und Umverteilung, so erhöhte das – Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen folgend – die Wahlbeteiligung bei Europa-Wahlen und mithin auch die

Intensität des politischen Wettbewerbs in Brüssel, wobei diese Aufgabenzuweisung auch in Übereinstimmung mit der Theorie des Fiskalföderalismus ist). Hier sind entsprechende institutionelle und politische EU-Reformen, auch in der Eurozone, sinnvoll.

- Die Tatsache, dass die EU von der BREXIT-Mehrheit im UK-Referendum 2016 sichtbar überrascht war, zeigt einen Mangel an Risikomanagement bei der Europäischen Kommission. Während die Politik regelmäßig Akteure des privaten Sektors zum Risikomanagement auf Unternehmensebene (Industriefirmen, Banken, Versicherungen) ordnungspolitisch anhält, unterlässt sie selbst ein fundiertes Risikomanagement – das ist bei der westlichen Populismuswelle und einer komplexen digitalen Globalisierung aber unzureichend und sollte geändert werden.

Es gibt von daher klare Reformfordernisse in der EU. Eine sinnvolle Reformagenda wäre eine Stabilisierungschance für die EU, wird aber teilweise blockiert; vor allem aus einem statischen Subsidiaritätsverständnis heraus. Zugleich droht in bestimmten Feldern eine überzogene und verfrühte Vergemeinschaftung; und in vergemeinschafteten Politikbereichen Ineffektivität:

- Überzogene Vergemeinschaftung heißt effizienzschädliche EU-Bürokratie, wobei etwa im Internetbereich die Datenschutzgrundverordnung für kleine Firmen und Selbstständige in Teilbereichen überzogen ist.
- Verfrühte Vergemeinschaftung droht bei der Einlagensicherung, sofern Deutschland nicht im Vorfeld der Ratspräsidentschaft den Punkt von der Agenda während dieser Zeit klar fernhält. Deutschland hat wegen der Banken-Problemüberhänge etwa in Italien kein Interesse an einer frühen EU-Einlagensicherung – erst müssen die erheblichen Altlasten in allen EU-Ländern weitgehend auf Basis objektiver Kriterien abgearbeitet worden sein. Viele EU-Partnerländer werden während der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 Druck machen, dass die EU-Einlagensicherung (verfrüht) beschlossen wird.
- Ineffektiv ist der Europäische Ausschuss für Systemrisiken ESRB, der die makroprudentielle Aufsicht in der EU in Form von Analyse und Handlungsempfehlung vornehmen soll. Der 2010 im Gefolge der Transatlantischen Bankenkrise gegründete European Systemic Risk Board hat ausgerechnet in den Jahren 2017/2018 kaum seine Aufgaben wahrgenommen, die ja offensichtlich eine umfassende BREXIT-Analyse hätte beinhalten müssen. Statt dessen hat die Bank of England durchgesetzt – sie ist eine von 53 im ESRB mitarbeitenden Institutionen -, dass sie BREXIT-Risiken für UK analysiert, während die Europäische Zentralbank die BREXIT-Risiken für die Eurozone mit ihren 19 Mitgliedsländern analysieren sollte. Das ist keine angemessene Sichtweise von makroprudentieller Aufsicht, die ja die Systemrisiken aus einer Gesamtschau wichtiger Indikatoren betrachten müssen und erstens keine willkürliche Aufgabenteilung verträgt und zudem als EU-Institution ein Komplettbild für alle 28 EU-Länder liefern müsste. Das geschah nicht und das Europäische Parlament, das den ESRB-Bericht etwa zu 2017 im Frühjahr 2018 in Empfang nahm, hat nicht einmal kritische Nachfragen in diese Richtung gestellt.
- Das Zusammenspiel von BREXIT – hier wird die Regierung einer befürchteten Wachstumsabschwächung nach dem BREXIT durch



Körperschaftssteuersenkung und Bankenderegulierung entgegen wirken wollen – und Trump-Wirtschaftspolitik, geprägt ebenfalls von Körperschaftssteuersenkungen und Bankenderegulierung in 2018/2019 – setzt die Weichen für Konflikte in der Steuerpolitik bei den westlichen OECD-Ländern und dürfte zudem längerfristig die EU27-Ländern zu neuer Bankenderegulierung bringen (Banken in EU27-Ländern werden sich zu massivem Lobbying in Sachen Bankenderegulierung veranlasst sehen, wenn UK und USA deregulieren); dann aber auch zu einer neuen Bankenkrise.

Eine bessere Aufgabenkontrolle in allen Politikbereichen ist wünschenswert, wobei im Vorfeld eine breitere Politikdebatte – auch unter Hinzuziehung wissenschaftlicher Analysen – wünschenswert ist. Ohne eine kritische Debatte kann die EU keine zukunftsfähigen Reformen nach dem BREXIT entwickeln. Es ist zudem wünschenswert, dass die EU den Multilateralismus und damit sinnvolle Aufgabenerledigung durch Internationale Organisationen verteidigt; dabei wäre auch verstärkt mit anderen Integrationsräumen wie etwa ASEAN und Mercosur zusammen zu arbeiten. Regionale Integrationsclubs sind aus sich heraus multilateral angelegt, also auch auf einen regelbasierten Interessenausgleich vieler Länder gleichzeitig. Wenn die EU nicht sehr energisch den Dialog mit ASEAN – seit 2017 mit Binnenmarkt nach EU-Muster - und Mercosur (Zollunion nach EU-Vorbild) sucht, so besteht zumindest beim Mercosur wegen des neuen populistischen Präsidenten Bolsonaro die Gefahr, dass auch dort eine Desintegration sich ergibt, nämlich von der Zollunion zur Freihandelszone, bei der jedes Land selbst Importzollsätze festlegen kann; in diese Richtung gehen Äußerungen von Bolsonaro nach seiner Wahl in 2018.

Internationale Handels- und Integrationspolitik sollte im digitalen Zeitalter viel stärker als bisher wirksam via Internet kommuniziert werden. Schon das in Deutschland 2016 mit verursachte Scheitern des transatlantischen Freihandelsprojektes TTIP war geprägt von einer fehlenden konsistenten digitalen EU-Kommunikationsstrategie. Ganz zu schweigen von einer in Deutschland auf Seiten des Bundeswirtschaftsministers erkennbaren klaren Pro-TTIPP-Argumentationslinie – durchaus mit Raum für differenzierte Argumente etwa im Konfliktfeld Schiedsgerichte. Man sollte nicht erwarten, dass ohne durchdachte digitale Kommunikationsstrategie politische Großprojekte mehrheitsfähig sind. Die EU geht dabei mittelfristig einer neuen Konfliktlinie ab etwa 2025 entgegen, wenn nämlich die rasche Alterung der Erwerbsbevölkerung Interessengegensätze zwischen den rasch „ergrauenden“ Ländern Deutschland/Italien/Spanien/Griechenland einerseits und Frankreich (sowie UK) andererseits neu entstehen lassen wird. Ob die EU27 längerfristig zu Konsens in wichtigen Fragen finden wird, bleibt abzuwarten.

Bezogen auf osteuropäische EU-Länder hat sich eine gewisse Pro-Kopf-Einkommenskonvergenz im Lauf der Zeit ergeben, die grundsätzlich konsensförderlich ist. Aber die relativ geringe Ausrichtung osteuropäischer EU-Länder – relativ zu westeuropäischen Länder - auf die Expansion des IKT-Sektors könnte zu einem doppelten Problem führen: 1) dass die Investitionsquoten in Osteuropa – ähnlich wie in Ostdeutschland – relativ hoch sind, ohne dass dies zur Intra-EU-Konvergenz deutlich beiträgt; und zwar weil die relativ starke westeuropäische IKT-Expansion dazu führt, dass der effektive reale Kapitalbestand in den westlichen EU-Ländern stärker ansteigt als in osteuropäischen EU-Ländern: Der Preis für IKT-Kapitalgüter fällt im Zeitablauf relativ stark, was bei nominal leicht ansteigenden IKT-Kapitalbeständen in westeuropäischen

Ländern dort längerfristig zu ansteigenden realen IKT-Kapitalintensitäten führt; und weil die Wachstumsrate der totalen Faktorproduktivität mit der IKT-Expansion wesentlich verbunden ist, kann insgesamt die Wachstumsrate der Pro-Kopf-Einkommen in einigen westlichen EU-Ländern stärker ansteigen als in osteuropäischen EU-Ländern – es kann also eine Phase der Divergenz innerhalb der EU bei den Pro-Kopf-Einkommen entstehen. Diese Aspekte bedeuten, dass die EU-IKT-Politikstrategie zusammen mit der IKT-Politik von EU-Mitgliedsländern näher auszuleuchten und ggf. nachzujustieren ist, damit kein strukturelles Intra-EU-Divergenzproblem entsteht. Diese Thematik ist bislang von der EU oder auch von der OECD kaum analysiert worden, so dass hier verstärkter Forschungsbedarf entsteht.

Im Zuge der demografisch unterschiedlichen Alterungsprozesse in Ländern wie Frankreich (und UK) einerseits und Deutschland/Italien/Spainien andererseits nehmen die Rentenfinanzierungsprobleme in den letztgenannten drei Ländern ab 2025 deutlich zu. Rentenfinanzierungsfragen sind analytisch aus ökonomischer Sicht vor allem im Rahmen von Wachstumsmodellen zu thematisieren. In den alternden westeuropäischen Ländern täte man gut daran, künftig stärker Wachstumsmodelle in der Politikberatung zu Rate zu ziehen; weniger den Fokus auf Stabilitätspolitik-Fragen der kurz- und mittelfristigen Art zu setzen, auch wenn Fragen von Rezession und Boom immer wieder für die Eurozone und UK sowie die USA und Japan plus China und Russland sowie Indien wichtig sind. Zu den Rentenfragen zählt exemplarisch das Thema Grundrente – etwa in der in Deutschland vom Arbeits- und Sozialminister Heil aufgeworfenen Variante, dass der Staat bis zur Hälfte einer Grundrentenzahlung finanziert bzw. „subventioniert“; und zwar zu Kosten von etwa 5 Mrd. €, wie sie von Minister Heil im Februar 2019 mit Blick auf 3-4 Millionen Grundrenten-Bezieher beziffert worden waren. In alternden Gesellschaft bzw. Wählerschaft werden die Fragen nach staatlicher Renten-Mitfinanzierung wohl längerfristig stärker in den Vordergrund treten und Lösungen, die zu Steuer- und Sozialeinnahmefällen führen, werden auch die Bildungsausgaben bremsen. Für Deutschland und andere EU-Länder, die sich wegen der China-Expansion einer verstärkten Notwendigkeit gegenübersehen, die Bildungsausgaben zu erhöhen, ergeben sich so verschärfte Zielkonflikte. Demografische Intra-EU-Divergenzen dürften den EU-Konsens erschweren. Ohne eine gemeinschaftliche kluge Führung der EU durch Deutschland und Frankreich bzw. ohne vernünftige Reformen in diesen Ländern und in der Eurozone dürfte die EU instabil sein.

## Literaturverzeichnis

- AKERLOF, G.; KRANTON, R. (2000), Economics and Identity, *The Journal of Economics*, Vol. 115, Issue 3, 715–753, <https://doi.org/10.1162/003355300554881>
- ALVAREDO F. ET AL. (2018), World Inequality Report 2018, World Inequality Report, <https://wir2018.wid.world/>
- ARTUS, P.; VIRARD, M.-P. (2005), *Le capitalisme est en train de s'autodétruire*, Paris: Editions La Découverte
- BANK OF ENGLAND (2018), EU withdrawal scenarios and monetary and financial stability, A response to the House of Commons Treasury Committee, 28 November 2018 <https://www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/report/2018/eu-withdrawal-scenarios-and-monetary-and-financial-stability.pdf?la=en&hash=B5F6EDCDF90DCC10286FC0BC599D94CAB8735DFB>
- BORN, A.; ENDERS, Z. (2018), Global Banking, Trade, and the International Transmission of the Great Recession, CESifo Working Paper Series No. 6912
- BREEMERSCH, K.; DAMIJAN, J.; KONINGS, J. (2017), Labour Market Polarization in Advanced Countries: Impact of Global Value Chains, Technology, Import Competition from China and Labour Market Institutions, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, WP No. 197, Paris: OECD Publishing
- BUCHANAN, J.; TULLOCK, G. (1962), *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*, Ann Arbor: University of Michigan Press
- BURDA, M. (2019), Convergence of the German Bundesländer: Lessons for the EU, Vol. 54, Jan/Feb 2019, 1, s. 34-39
- COUNCIL OF ECONOMIC ADVISERS (2016), Economic Report of the President <https://obamawhitehouse.archives.gov/administration/eop/cea/economic-report-of-the-President/2016>
- COUNCIL OF ECONOMIC ADVISERS (2018), *The Opportunity Costs of Socialism*, Council of Economic Advisers: Washington DC
- DORNBUSCH, R.; EDWARDS, S. (1991), The Macroeconomics of Populism in Latin America, *Journal of Development Economics*, 32, 247-277
- EBRD (2000), *EBRD Transition Report 2000: Employment, skills and transition*, European Bank for Reconstruction and Development, EBRD: London
- EBRD (2017), *EBRD Annual Review 2017*, European Bank of Reconstruction and Development, EBRD: London
- EBRD (2018), *EBRD Transition Report 2018-19: Work in transition*, European Bank for Reconstruction and Development, EBRD: London
- EICHENGREEN, B. (2010), *Exorbitant Privilege. The Rise and Fall of the Dollar and the Future of the International Monetary System*, Oxford: Oxford University Press
- EICHENGREEN, B. (2019), The international financial implications of Brexit, *International Economics and Economic Policy*, Vol. 16, Issue 1, s. 37-50 <https://doi.org/10.1007/s10368-018-0422-x>

- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2018), 2018 European Semester Country Report, SWD(2018) 210 final <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2018-european-semester-country-report-italy-en.pdf>
- FALK, A.; BECKER, A.; DOHMEN, T.; ENKE, B.; HUFFMAN, D.; SUNDE, U. (2018), Global Evidence on Economic Preferences, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 133, Issue 4, 1645–1692 <https://doi.org/10.1093/qje/qjy013>
- FELBERMAYR, G. (2019), Brexit: Eine “Hard-but-Smart”–Strategie und ihre Folgen, *ifo Schnelldienst* 72 (04), 27–33 <http://www.cesifo-group.de/DocDL/sd-2019-04-felbermayr-hard-but-smart-brexit-2019-02-21.pdf>
- FREY, B.; SCHNEIDER, F. (1978), A Politico-Economic Model of the United Kingdom, *Economic Journal*, Vol. 88, 243-253.
- HAUCAP, J.; HEIMESHOF, U. (2014), Google, Facebook, Amazon, eBay: Is the Internet driving competition or market monopolization?, *International Economics and Economic Policy*, Vol. 11, Issue 1-2, s. 49-61 <https://doi.org/10.1007/s10368-013-0247-6>
- JAUMOTTE, F.; LALL, S. PAPAGEORGIOU, C. (2008), Rising Income Inequality: Technology, or Trade and Financial Globalization, IMF Working Paper WP/08/185, IMF: Washington DC
- JOHNSON, H.G. (1967), *Economic Nationalism in Old and New States*, Chicago: University of Chicago Press.
- JUNGMITTAG, A. (2016), Techno-Globalisierung, Beitrag zum EIIW-Projekt EU-Strukturwandel, Leitmärkte und Techno-Globalisierung der Hans-Böckler-Stiftung, EIIW Diskussionsbeitrag 221 [http://www.eiwiw.eu/fileadmin/eiwiw/Daten/Publikationen/Gelbe\\_Reihe/disbei221.pdf](http://www.eiwiw.eu/fileadmin/eiwiw/Daten/Publikationen/Gelbe_Reihe/disbei221.pdf)
- KIRSCH, W. (2016), Brexit and the Distribution of Power in the Council of the EU, CEPS, 25 November 2016, <https://www.ceps.eu/publications/brexit-and-distribution-power-council-eu>
- LANDERSØ, R.; HECKMAN, J. (2017), The Scandinavian Fantasy: The Sources of Intergenerational Mobility in Denmark and the US, *The Scandinavian Journal of Economics*, Vol. 119 (1), pp. 178-230
- LINDH, A.; McCALL, L. (2018), Reconsidering the Popular Policy of Redistribution: Preferences for Reducing Economic Inequality in the US, forthcoming, paper presented at Expert Group Meeting on “New Research on Inequality and its Impacts” at UN Headquarters in New York, Sept 12-13, 2018, New York.
- MACRON, E. (2019), „Für einen Neubeginn in Europa“ –Macrons Brief an die EU-Bürger im Wortlaut, Handelsblatt online edition, 04.03.2019 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/dokumentation-fuer-einen-neubeginn-in-europa-macrons-brief-an-die-eu-buerger-im-wortlaut/24065214.html?ticket=ST-3477975-MBZkBoRSpEQlePqwS22z-ap3>
- OATES, W. E. (1999), An Essay on Fiscal Federalism, *Journal of Economic Literature*, Vol. 37, 1120-1149
- OLSON, M. (1965), *The Logic of Collective Action*, Cambridge, MA: Harvard University Press
- WELFENS, P.J.J. (1990), Internationalisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik: Eine Analyse der Dynamik und Gestaltbarkeit von Wirtschaft und Politik in einer

sich wandelnden Wirtschaft, in *Studies in Contemporary Economics*, Baumgaertel, F. (Ed.), Springer Verlag

WELFENS, P.J.J. (2012), *Die Zukunft des Euro*, Berlin: Nicolai.

WELFENS, P.J.J. (2015), EU-Osterweiterung: Anpassungsprozesse, Binnenmarktdynamik und Euro-Perspektiven, in *Unsicherheit und Volatilität, Wirtschaftspolitische Blätter*, 04/2015, s. 779-803

WELFENS, P.J.J. (2016), *BREXIT aus Versehen: Europäische Integration zwischen Desintegration und neuer EU* (1. Auflage), Heidelberg: Springer, 2. Auflage 2018.

WELFENS, P.J.J. (2017a), Foreign Financial Deregulation under Flexible and Fixed Exchange Rates: A New Trilemma, EIIW Diskussionsbeitrag 238  
[http://www.eiiv.eu/fileadmin/eiiv/Daten/Publikationen/Gelbe\\_Reihe/Jourderegulat\\_iendisbei238.pdf](http://www.eiiv.eu/fileadmin/eiiv/Daten/Publikationen/Gelbe_Reihe/Jourderegulat_iendisbei238.pdf)

WELFENS, P.J.J. (2017b), *An Accidental BREXIT*, London: Palgrave.

WELFENS, P.J.J. (2018), *BREXIT aus Versehen: Europäische Integration zwischen Desintegration und neuer EU* (2. Auflage), Heidelberg: Springer.

WELFENS, P.J.J. (2019), *The Global Trump. Structural US Populism and Economic Conflicts with Europe and Asia*, London: Palgrave.

WORLD BANK (2002), *Transition – The first 10 years: analysis and lessons for Eastern Europe and the former Soviet Union*, Washington DC: World Bank

## **Anhang 1: Ökonomischer Wert des Euros im Kontext des Euros als Währungsreserve**

Der Marktanteil des Euros an den globalen Währungsreserven betrug vor 2010 bzw. der Eurokrise knapp 25%, seither liegt er (2017/2018) bei gut 20%, was 15% des Eurozonen-Bruttoinlandsproduktes entspricht. Geht man von einem Unterschied der Staatsanleihen-Renditen bei Euro-denominierten Bonds (gehalten als Währungsreserven werden offenbar insbesondere Anleihen aus Deutschland und Frankreich) und Welt-Kapitalmarktrendite von 3% aus, so ergibt sich aus der Funktion des Euro als Reservewährung für die Eurozone ein Vorteil von etwa 0,45% des Eurozonen-Bruttoinlandsproduktes im Form eines entsprechenden faktisch kostenlosen Güterimportes aus dem Rest der Welt; mit einer weiteren zeitlichen Entfernung von der Eurokrise kann man von 0.5% des Eurozonen-Bruttoinlandsproduktes ausgehen. Das bedeutet, dass der Euro bei Kapitalisierung mit einem Zinssatz von 2% einen Wert von 25% des Eurozonen-Bruttoinlandsproduktes darstellt. Die hier für den Euro ermittelte Berechnung zum „exorbitant privilege“ einer Reservewährung ist in Analogie zu den Eichengreen-Berechnungen für den Fall US-\$ (EICHENGREEN, 2010). Beim Euro stellt sich allerdings, anders als beim US-\$, ein Glaubwürdigkeitsproblem in Sachen Bail-out-Problematik, was aus ökonomischer Sicht den Wert des € gegenüber der genannten Größenordnung mindert und im Extremfall zu einem Wert von nahe Null führen könnte. Solange es allerdings keine Eurobonds im echten Sinn gibt, ist wiederum darauf hinzuweisen, dass ein funktionsfähiger Euro asymmetrische Vorteile zugunsten von Deutschland und Frankreich mit sich bringt, da vor allem deren nationale Anleihen als Währungsreserven von Zentralbanken außerhalb der Eurozone gehalten werden. Eine ordnungspolitische Bestandsaufnahme der EU wird auf mittlere Sicht unabdingbar sein, wenn man in Brüssel sinnvolle Reformen wirklich will.

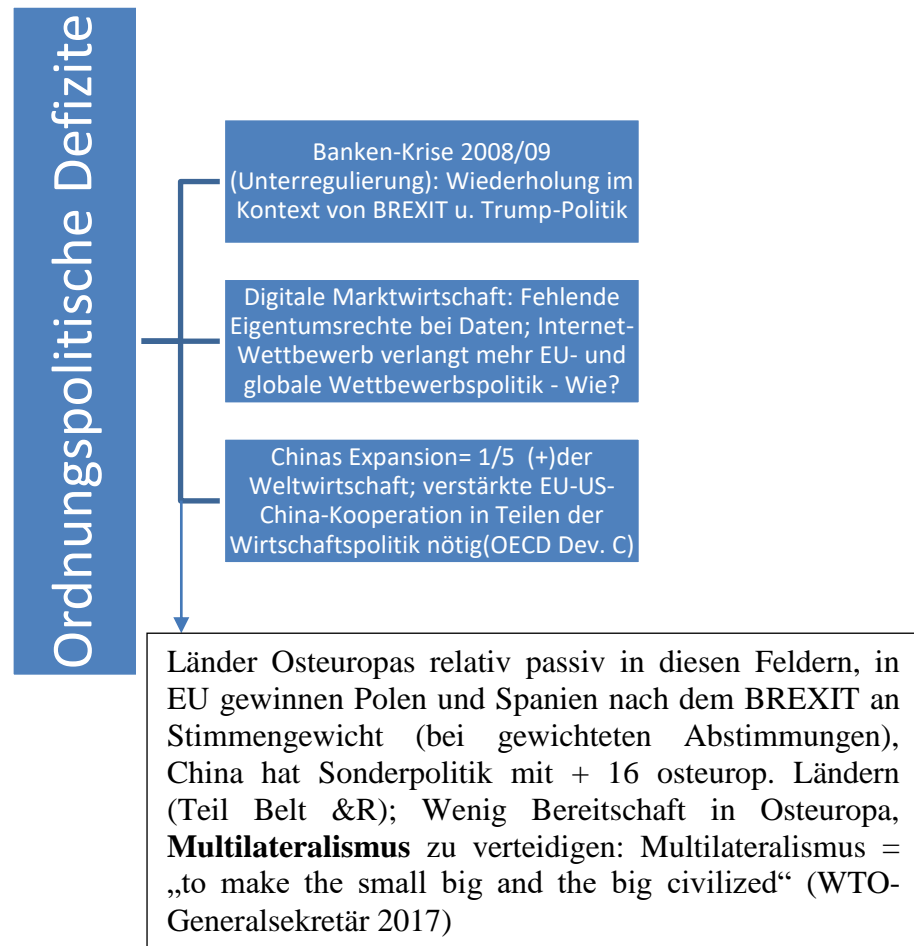
## **Anhang 2: Rentenfragen und Wachstumsmodellierung**

In der EU werden im Zuge der alternden Bevölkerung Rentenfragen in vielen Ländern zunehmend gewichtig. Man mag in Deutschland für eine Grundrente politisch eintreten und sollte dann realistischer Weise auch die mittelfristig deutlich höheren Zahlen von Grundrenten-Beziehern ins Auge fassen. In der Tat sollte man auch die im Zuge induzierter geringerer Qualifizierungs- und Sparneigung entstehenden Gesamtkosten einer Grundrente – also auch die Steuer- und Sozialeinnahmeherausfälle im langfristigen Wachstumsmodell - einbeziehen: Bei einer Absenkung der Sparquote von um 1% (von 20% auf 19.8%) ergibt sich bei einer Produktionselastizität des Kapitals von 0.33 ein Rückgang des Niveaus im Wachstumspfad bzw. beim Bruttoinlandsprodukt von 0.5% bzw. (auf Basis einer kombinierten Steuer- und Sozialabgabenquote von 40% und einer Cobb-Douglas Produktionsfunktion  $Y=K^\beta(AL)^{1-\beta}$ , wobei K für Kapital, A für Wissen und L für Arbeit bzw. Bevölkerung steht) bei den Staatseinnahmen von 7 Mrd. €, so dass in Deutschland die von Minister Heil für Arbeitnehmer mit mindestens 35 Jahren Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit (oder Erziehungszeiten/Pflegezeiten) vorgeschlagene Grundrente

von 900 € monatlich - etwa 10% über der Grundsicherung (Hartz IV) liegend – nicht wie von Minister Heil angegeben 5 Mrd. € als Budgetkosten hat, sondern eher 11-12 Mrd. € für den Staatshaushalt (general government) hierbei aufweist. Intellektuell und politisch redlich ist es nicht, wenn man nur die halben Budgetkosten benennt. Bei einer Kapitalabschreibungsrate  $\delta$ , einer Bevölkerungswachstumsrate von  $n$  und Wachstumsrate des Wissens von  $a$  sowie (mit  $0 < s < 1$ ;  $\tau$  für Einkommenssteuersatz plus Sozialversicherungssatz) einer Sparfunktion  $S = s(1-\tau)Y$  lautet der Steady-state Wert für das langfristigen (# für Steady-state Wert) Pro-Kopf-Einkommen  $y^\# = [(s(1-\tau)/(a+n+\delta))^\beta / (1-\beta)] A_0 e^{at}$ , wobei  $e^a$  die Euler-Zahl,  $t$  der Zeitindex und  $A_0$  das Ausgangsniveau des Wissens ist; aus Vereinfachungsgründen wird zwischen Pro-Kopf-Bruttoinlands- und Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen hier keine Unterscheidung gemacht. Wenn die Sparquote um 1%, also etwa von 20% auf 19.8% sinkt, dann ergibt sich bei  $\beta=0.33$  eine Elastizität von  $y^\#$  bzw.  $y^\#$  in Bezug auf die Sparquote von 0.5, so dass das Niveau des Wachstumspfades (siehe den obigen eckigen Term) um 0.5% sinkt ( $d \ln y^\# / d \ln s = \beta / (1-\beta)$ ), was bezogen auf ein Bruttoinlandsprodukt von erwarteten 3500 Mrd. € in 2020 bei einer Steuer- und Abgabenquote von 40% einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 17,5 Mrd. € und entsprechend Steuer- und Sozialeinnahmefälle von 7 Mrd. € bringt. Bei Bundesgesetzen sind die budgetären Kosten anzugeben, die Steuer- und Sozialeinnahmefälle allerdings nicht – und offenbar führt eine Angabe von 5 Mrd. € Budgetkosten bei der Grundrente eben in die Irre. Die Sparquote sinkt bei der Einführung der Grundrente bei jetzigen Arbeitnehmergenerationen mit geringen Einkommen, weil die Anreize zur Altersvorsorgeersparnis auf fast 0 fallen. Einkommensbezieher mit etwas höherem Einkommen werden lobbymäßig längerfristig auf eine Ausweitung des Kreises der Grundrentenbezieher hinwirken, womit das Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung noch mehr unterhöhlt wird.

## Anhang 3: Ordnungspolitische Defizite in internationaler Perspektive

Abbildung 2: Ordnungspolitische Defizite in internationaler Perspektive



Quelle: EIIW Darstellung.

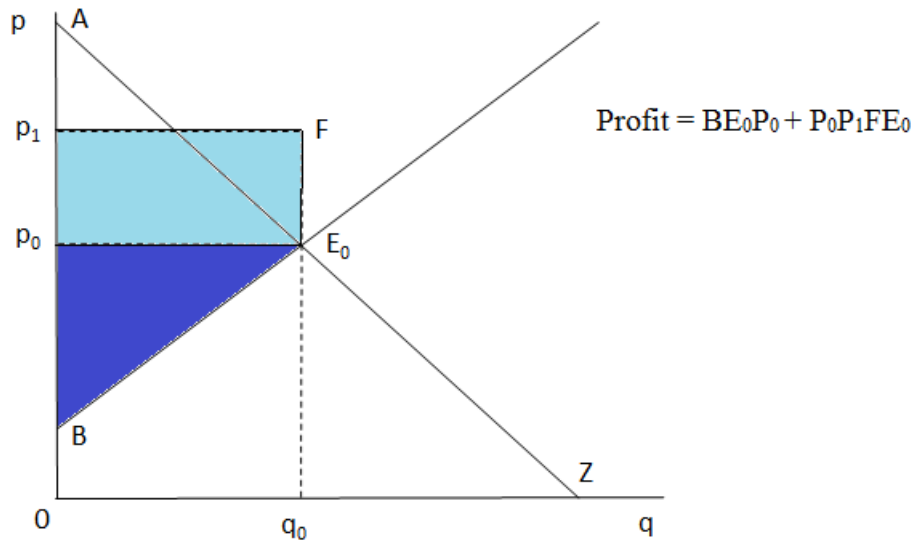
## Anhang 4: Dynamisches Subsidiaritätsprinzip

Beim dynamischen Subsidiaritätsprinzip geht es um die Aspekte Steuersatzhöhe ( $t'$ : je höher der Durchschnittssteuersatz  $t'$ , desto geringer die individuelle wirtschaftliche Freiheit) und Politikeffizienz, die u.a. als Funktion der Wahlbeteiligungshöhe  $W'$  betrachtet wird. Solange vertikale Aufgabenverschiebungen  $t'$  – etwa durch ökonomische Effizienzgewinne beim Gesamtstaat – vermindern und die Wahlbeteiligungshöhe  $W'$  über alle Politikebenen hinweg erhöhen, kann man von einem Wähler-Nutzengewinn ausgehen.



## Anhang 5: Preisdifferenzierung (Mikroökonomische Sicht)

Abbildung 3:   Abbildung: Preisdifferenzierung (Mikrosicht)



Quelle: EIW Darstellung.

## EIIW Diskussionsbeiträge EIIW Discussion Papers



ISSN 1430-5445:

Die Zusammenfassungen der Beiträge finden Sie im Internet unter:  
The abstracts of the publications can be found in the internet under:

<http://www.eiww.eu>

- No. 161 **Welfens, P.J.J.:** Portfolio Modelling and Growth, January 2009
- No. 162 **Bartelmus, P.:** Sustainable Development – Has It Run Its Course? January 2009
- No. 163 **Welfens, P.J.J.:** Intégration Européenne et Mondialisation: Défis, Débats, Options, February 2009
- No. 164 **Welfens, P.J.J.:** ЭКОНОМИЧЕСКИЙ РОСТ, ИННОВАЦИИ И ПРИРОДНЫЕ РЕСУРСЫ, February 2009
- No. 165 **Welfens, P.J.J.; Vogelsang, M.:** Regulierung und Innovationsdynamik in der EU-Telekommunikationswirtschaft, February 2009
- No. 166 **Welfens, P.J.J.:** The International Banking Crisis: Lessons and EU Reforms, February 2009
- No. 167 **Schröder, C.:** Financial System and Innovations: Determinants of Early Stage Venture Capital in Europe, March 2009
- No. 168 **Welfens, P.J.J.:** Marshall-Lerner Condition and Economic Globalization, April 2009
- No. 169 **Welfens, P.J.J.:** Explaining Oil Price Dynamics, May 2009
- No. 170 **Welfens, P.J.J.; Borbély, D.:** Structural Change, Innovation and Growth in the Single EU Market, August 2009
- No. 171 **Welfens, P.J.J.:** Innovationen und Transatlantische Bankenkrise: Eine ordnungspolitische Analyse, August 2009
- No. 172 **Erdem, D.; Meyer, K.:** Natural Gas Import Dynamics and Russia's Role in the Security of Germany's Supply Strategy, December 2009
- No. 173 **Welfens P.J.J.; Perret K.J.:** Structural Change, Specialization and Growth in EU 25, January 2010
- No. 174 **Welfens P.J.J.; Perret K.J.; Erdem D.:** Global Economic Sustainability Indicator: Analysis and Policy Options for the Copenhagen Process, February 2010
- No. 175 **Welfens, P.J.J.:** Rating, Kapitalmarktsignale und Risikomanagement: Reformansätze nach der Transatlantischen Bankenkrise, Februar 2010
- No. 176 **Mahmutovic, Z.:** Patendatenbank: Implementierung und Nutzung, Juli 2010
- No. 177 **Welfens, P.J.J.:** Toward a New Concept of Universal Services: The Role of Digital Mobile Services and Network Neutrality, November 2010

- No. 178 **Perret J.K.:** A Core-Periphery Pattern in Russia – Twin Peaks or a Rat’s Tail, December 2010
- No. 179 **Welfens P.J.J.:** New Open Economy Policy Perspectives: Modified Golden Rule and Hybrid Welfare, December 2010
- No. 180 **Welfens P.J.J.:** European and Global Reform Requirements for Overcoming the Banking Crisis, December 2010
- No. 181 **Szanyi, M.:** Industrial Clusters: Concepts and Empirical Evidence from East-Central Europe, December 2010
- No. 182 **Szalavetz, A.:** The Hungarian automotive sector – a comparative CEE perspective with special emphasis on structural change, December 2010
- No. 183 **Welfens, P.J.J.; Perret, K.J.; Erdem, D.:** The Hungarian ICT sector – a comparative CEE perspective with special emphasis on structural change, December 2010
- No. 184 **Lengyel, B.:** Regional clustering tendencies of the Hungarian automotive and ICT industries in the first half of the 2000’s, December 2010
- No. 185 **Schröder, C.:** Regionale und unternehmensspezifische Faktoren einer hohen Wachstumsdynamik von IKT Unternehmen in Deutschland; Dezember 2010
- No. 186 **Emons, O.:** Innovation and Specialization Dynamics in the European Automotive Sector: Comparative Analysis of Cooperation & Application Network, October 2010
- No. 187 **Welfens, P.J.J.:** The Twin Crisis: From the Transatlantic Banking Crisis to the Euro Crisis? January 2011
- No. 188 **Welfens, P.J.J.:** Green ICT Dynamics: Key Issues and Findings for Germany, March 2012
- No. 189 **Erdem, D.:** Foreign Direct Investments, Energy Efficiency and Innovation Dynamics, July 2011
- No. 190 **Welfens, P.J.J.:** Atomstromkosten und -risiken: Haftpflichtfragen und Optionen rationaler Wirtschaftspolitik, Mai 2011
- No. 191 **Welfens, P.J.J.:** Towards a Euro Fiscal Union: Reinforced Fiscal and Macroeconomic Coordination and Surveillance is Not Enough, January 2012
- No. 192 **Irawan, T.:** ICT and economic development: Conclusion from IO Analysis for Selected ASEAN Member States, November 2013
- No. 193 **Welfens, P.J.J.; Perret, J.:** Information & Communication Technology and True Real GDP: Economic Analysis and Findings for Selected Countries, February 2014
- No. 194 **Schröder, C.:** Dynamics of ICT Cooperation Networks in Selected German ICT Clusters, August 2013
- No. 195 **Welfens, P.J.J.; Jungmittag, A.:** Telecommunications Dynamics, Output and Employment, September 2013
- No. 196 **Feiguine, G.; Solojova, J.:** ICT Investment and Internationalization of the Russian Economy, September 2013
- No. 197 **Kubielas, S.; Olender-Skorek, M.:** ICT Modernization in Central and Eastern Europe, May 2014 Trade and Foreign Direct Investment New Theoretical Approach and Empirical Findings for US Exports & European Exports
- No. 198 **Feiguine, G.; Solovjova, J.:** Significance of Foreign Direct Investment for the Development of Russian ICT sector, May 2014
- No. 199 **Feiguine, G.; Solovjova, J.:** ICT Modernization and Globalization: Russian Perspectives, February 2012
- No. 200 **Syraya, O.:** Mobile Telecommunications and Digital Innovations, May 2014

- No. 201 **Tan, A.:** Harnessing the Power of ICT and Innovation Case Study Singapore, March 2014
- No. 202 **Udalov, V.:** Political-Economic Aspects of Renewable Energy: Voting on the Level of Renewable Energy Support, November 2014
- No. 203 **Welfens, P.J.J.:** Overcoming the EU Crisis and Prospects for a Political Union, March 2014
- No. 204 **Welfens, P.J.J.; Irawan, T.:** Trade and Foreign Direct Investment: New Theoretical Approach and Empirical Findings for US Exports and European Exports, November 2014
- No. 205 **Welfens, P.J.J.:** Competition in Telecommunications and Internet Services: Problems with Asymmetric Regulations, December 2014
- No. 206 **Welfens, P.J.J.:** Innovation, Inequality and a Golden Rule for Growth in an Economy with Cobb-Douglas Function and an R&D Sector
- No. 207 **Jens K. Perret.:** Comments on the Impact of Knowledge on Economic Growth across the Regions of the Russian Federation
- No. 208 **Welfens, P.J.J.; Irawan T.:** European Innovations Dynamics and US Economic Impact: Theory and Empirical Analysis, June 2015
- No. 209 **Welfens, P.J.J.:** Transatlantisches Freihandelsabkommen EU-USA: Befunde zu den TTIP-Vorteilen und Anmerkungen zur TTIP-Debatte, Juni 2015
- No. 210 **Welfens, P.J.J.:** Overcoming the Euro Crisis and Prospects for a Political Union, July 2015
- No. 211 **Welfens, P.J.J.:** Schumpeterian Macroeconomic Production Function for Open Economies: A New Endogenous Knowledge and Output Analysis, January 2016
- No. 212 **Jungmittag, A.; Welfens, P.J.J.:** Beyond EU-US Trade Dynamics: TTIP Effects Related to Foreign Direct Investment and Innovation, February 2016
- No. 213 **Welfens, P.J.J.:** Misleading TTIP analysis in the 6th/7th May 2016 issue of DER SPIEGEL, May 2016
- No. 214 **Welfens, P.J.J.:** TTIP-Fehlanalyse im SPIEGEL Heft 6. Mai 2016, Mai 2016
- No. 215 **Welfens, P.J.J.; Irawan, T.; Perret, J.K.:** True Investment-GDP Ratio in a World Economy with Investment in Information & Communication Technology, June 2016
- No. 216 **Welfens, P.J.J.:** EU-Osterweiterung: Anpassungsprozesse, Binnenmarktdynamik und Euro-Perspektiven, August 2016
- No. 217 **Perret, J.K.:** A Spatial Knowledge Production Function Approach for the Regions of the Russian Federation, June 2016
- No. 218 **Korus, A.:** Currency Overvaluation and R&D Spending, September 2016
- No. 219 **Welfens, P.J.J.:** Cameron's Information Disaster in the Referendum of 2016: An Exit from Brexit? September 2016
- No. 220 **Welfens, P.J.J.:** Qualitätswettbewerb, Produktinnovationen und Schumpetersche Prozesse in internationalen Märkten, October 2016
- No. 221 **Jungmittag, A.:** Techno-Globalisierung, October 2016
- No. 222 **Dachs, B.:** Techno-Globalisierung als Motor des Aufholprozesses im österreichischen Innovationssystem, October 2016
- No. 223 **Perret, J.K.:** Strukturwandel in der Europäischen Union am Beispiel ausgewählter Leitmärkte mit besonderem Bezug auf die Innovationstätigkeit der Mitgliedsländer, October 2016
- No. 224 **Irawan, T.; Welfens, P.J.J.:** ICT Dynamics and Regional Trade Bias in Asia: Theory and Empirical Aspects, October 2016

- No. 225 **Korus, A.:** Erneuerbare Energien und Leitmärkte in der EU und Deutschland, October 2016
- No. 226 **Dachs, B.; Budde, B.:** Fallstudie Nachhaltiges Bauen und Lead Markets in Österreich, October 2016
- No. 227 **Welfens, P.J.J.:** eHealth: Grundlagen der Digitalen Gesundheitswirtschaft und Leitmarktperspektiven, October 2016
- No. 228 **Korus, A.:** Innovationsorientierte öffentliche Beschaffung und Leitmärkte: Politische Initiativen in der EU, October 2016
- No. 230 **Nan, Yu:** Innovation of renewable energy generation technologies at a regional level in China: A study based on patent data analysis, December 2016
- No. 231 **Welfens, P.J.J.; Debes, C.:** Globale Nachhaltigkeit 2017: Ergebnisse zum EIIW-vita Nachhaltigkeitsindikator, März 2018
- No. 232 **Welfens, P.J.J.:** Negative Welfare Effects from Enhanced International M&As in the Post-BREXIT-Referendum UK, April 2017
- No. 233 **Udalov, V.; Welfens, P.J.J.:** Digital and Competing Information Sources: Impact on Environmental Concern und Prospects for Cooperation, April 2017
- No. 234 **Welfens, P.J.J.:** The True Cost of BREXIT for the UK: A Research Note, October 2017
- No. 235 **Welfens, P.J.J.; Hanrahan, D.:** BREXIT: Key Analytical Issues and Insights from Revised Economic Forecasts, January 2018
- No. 236 **Welfens, P.J.J.:** Techno-Globalisierung, Leitmärkte und Strukturwandel in wirtschaftspolitischer Sicht, August 2017
- No. 238 **Welfens, P.J.J.:** Foreign Financial Deregulation under Flexible and Fixed Exchange Rates, June 2017
- No. 239 **Welfens, P.J.J.; Kadiric, S.:** Neuere Finanzmarktaspekte von Bankenkrise, QE-Politik und EU-Bankenaufsicht, July 2017
- No. 240 **Welfens, P.J.J.; Hanrahan, D.:** The BREXIT Dynamics: British and EU27 Challenges after the EU Referendum, May 2017
- No. 241 **Welfens, P.J.J.; Baier, F.:** BREXIT and FDI: Key Issues and New Empirical Findings, January 2018
- No. 242 **Welfens, P.J.J.:** International Risk Management in BREXIT and Policy Options, March 2018
- No. 243 **Korus, A.; Celebi, K.:** The Impact of Brexit on the British Pound/Euro Exchange rate  
The Impact of Brexit on the British Pound/Euro Exchange rate, April 2018
- No. 244 **Welfens, P.J.J.; Yushkova, E.:** IKT-Sektor in China und Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, April 2018
- No. 245 **Udalov, V.:** Analysis of Individual Renewable Energy Support: An Enhanced Model, June 2018
- No. 246 **Welfens, P.J.J.:** Lack of International Risk Management in BREXIT? July 18 2018
- No. 247 **Xiong, T.; Welfens, P.J.J.:** The Effects of Foreign Direct Investment on Regional Innovation Capacity in China, June 2018
- No. 248 **Welfens, P.J.J.:** New Marshall-Lerner Conditions for an Economy with Outward and Two-Way Foreign Direct Investment, July 2018, Updated February 2019
- No. 249 **Welfens, P.J.J.; Xiong, T.:** BREXIT Perspectives: Financial Market Dynamics, Welfare Aspects and Problems from Slower Growth, September 2018

- No. 250 **Welfens, P.J.J.; Udalov, V.:** International Inequality Dynamics: Issues and Evidence of a Redistribution Kuznets Curve, September 2018
- No. 251 **Kadicic, S.; Korus, A.:** The Effects of Brexit on Corporate Yield Spreads: Evidence from UK and Eurozone Corporate Bond Markets, September 2018
- No. 252 **Welfens, P.J.J.:** Import Tariffs, Foreign Direct Investment and Innovation: A New View on Growth and Protectionism, December 2018
- No. 253 **Welfens, P.J.J.:** Explaining Trumpism as a Structural US Problem: New Insights and Transatlantic Plus Global Economic Perspectives, October 2018
- No. 254 **Baier, F.J.; Welfens, P.J.J.:** The UK's Banking FDI Flows and Total British FDI: A Dynamic BREXIT Analysis, November 2018
- No. 255 **Welfens, P.J.J.; Yu, N.; Hanrahan, D.; Schmuelling, B; Fechtner, H.:** Electrical Bus Mobility in the EU and China: Technological, Ecological and Economic Policy Perspectives, December 2018
- No. 256 **Welfens, P.J.J.; Baier, F.; Kadicic, S.; Korus A.; Xiong, T.:** EU28 Capital Market Perspectives of a Hard BREXIT: Theory, Empirical Findings and Policy Options, March 2019
- No. 257 **Welfens, P.J.J.:** Council of Economic Advisers: Biased Per Capita Consumption Comparison of the US with Europe, March 2019 (forthcoming)

## **Weitere Beiträge von Interesse:**

### **Titels of related interest:**

**Paul J.J. Welfens** (2017), Macro Innovation Dynamics and the Golden Age, New Insights into Schumpeterian Dynamics, Inequality and Economic Growth, Springer Heidelberg

**Paul J.J. Welfens** (Nov. 2016), Brexit aus Versehen: Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, Springer Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; Jens K. Perret; Tony Irawan; Evgeniya Yushkova** (2015), Towards Global Sustainability, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; A. Korus; T. Irawan** (2014), Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen: Handels-, Wachstums- und industrielle Beschäftigungsdynamik in Deutschland, den USA und Europa, Lucius & Lucius Stuttgart

**Paul J.J. Welfens** (2013), Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 5. Auflage, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens** (2013), Social Security and Economic Globalization, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens** (2012), Clusters in Automotive and Information & Communication Technology, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens** (2011), Innovations in Macroeconomics, 3rd revised and enlarged edition, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens** (2011), Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; Cillian Ryan, eds.** (2011), Financial Market Integration and Growth, Springer Berlin Heidelberg

**Raimund Bleischwitz; Paul J.J. Welfens; Zhong Xiang Zhang** (2011), International Economics of Resource Efficiency, Physica-Verlag Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; John T. Addison** (2009), Innovation, Employment and Growth Policy Issues in the EU and the US, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; Suthiphand Chirathivat; Franz Knipping** (2009), EU – ASEAN, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; Ellen Walther-Klaus** (2008), Digital Excellence, Springer Berlin Heidelberg

**Huib Meijers; Bernhard Dachs; Paul J.J. Welfens** (2008), Internationalisation of European ICT Activities, Springer Berlin Heidelberg

**Richard Tilly; Paul J.J. Welfens; Michael Heise** (2007), 50 Years of EU Economic Dynamics, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; Mathias Weske** (2007), Digital Economic Dynamics, Springer Berlin Heidelberg

- Paul J.J. Welfens; Franz Knipping; Suthiphand Chirathivat** (2006), *Integration in Asia and Europe*, Springer Berlin Heidelberg
- Edward M. Graham; Nina Oding; Paul J.J. Welfens** (2005), *Internationalization and Economic Policy Reforms in Transition Countries*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Anna Wziatek-Kubiak** (2005), *Structural Change and Exchange Rate Dynamics*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Peter Zoche; Andre Jungmittag; Bernd Beckert; Martina Joisten** (2005), *Internetwirtschaft 2010*, Physica-Verlag Heidelberg
- Evgeny Gavrilenkov; Paul J.J. Welfens; Ralf Wiegert** (2004), *Economic Opening Up and Growth in Russia*, Springer Berlin Heidelberg
- John T. Addison; Paul J.J. Welfens** (2003), *Labor Markets and Social Security*, Springer Berlin Heidelberg
- Timothy Lane; Nina Oding; Paul J.J. Welfens** (2003), *Real and Financial Economic Dynamics in Russia and Eastern Europe*, Springer Berlin Heidelberg
- Claude E. Barfield; Günter S. Heiduk; Paul J.J. Welfens** (2003), *Internet, Economic Growth and Globalization*, Springer Berlin Heidelberg
- Thomas Gries; Andre Jungmittag; Paul J.J. Welfens** (2003), *Neue Wachstums- und Innovationspolitik in Deutschland und Europa*, Physica-Verlag Heidelberg
- Hermann-Josef Bunte; Paul J.J. Welfens** (2002), *Wettbewerbsdynamik und Marktabgrenzung auf Telekommunikationsmärkten*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Ralf Wiegert** (2002), *Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Russland*, Physica-Verlag Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Andre Jungmittag** (2002), *Internet, Telekomliberalisierung und Wirtschaftswachstum*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (2002), *Internetconomics.net*, Springer Berlin Heidelberg
- David B. Audretsch; Paul J.J. Welfens** (2002), *The New Economy and Economic Growth in Europe and the US*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (2001), *European Monetary Union and Exchange Rate Dynamics*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (2001), *Internationalization of the Economy and Environmental Policy Options*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (2001), *Stabilizing and Integrating the Balkans*, Springer Berlin Heidelberg
- Richard Tilly; Paul J.J. Welfens** (2000), *Economic Globalization, International Organizations and Crisis Management*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Evgeny Gavrilenkov** (2000), *Restructuring, Stabilizing and Modernizing the New Russia*, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Klaus Gloede; Hans Gerhard Strohe; Dieter Wagner** (1999), *Systemtransformation in Deutschland und Rußland*, Physica-Verlag Heidelberg



- Paul J.J. Welfens; Cornelius Graack** (1999), Technologieorientierte Unternehmensgründungen und Mittelstandspolitik in Europa, Physica-Verlag Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; George Yarrow; Ruslan Grinberg; Cornelius Graack** (1999), Towards Competition in Network Industries, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (1999), Globalization of the Economy, Unemployment and Innovation, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (1999), EU Eastern Enlargement and the Russian Transformation Crisis, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; S. Jungbluth; H. Meyer; John T. Addison; David B. Audretsch; Thomas Gries; Hariolf Grupp** (1999), Globalization, Economic Growth and Innovation Dynamics, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; David B. Audretsch; John T. Addison; Hariolf Grupp** (1998), Technological Competition, Employment and Innovation Policies in OECD Countries, Springer Berlin Heidelberg
- John T. Addison; Paul J.J. Welfens** (1998), Labor Markets and Social Security, Springer Berlin Heidelberg
- Axel Börsch-Supan; Jürgen von Hagen; Paul J.J. Welfens** (1997), Wirtschaftspolitik und Weltwirtschaft, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; George Yarrow** (1997), Telecommunications and Energy in Systemic Transformation, Springer Berlin Heidelberg
- Jürgen v. Hagen; Paul J.J. Welfens; Axel Börsch-Supan** (1997), Springers Handbuch der Volkswirtschaftslehre 2, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Holger C. Wolf** (1997), Banking, International Capital Flows and Growth in Europe, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (1997), European Monetary Union, Springer Berlin Heidelberg
- Richard Tilly; Paul J.J. Welfens** (1996), European Economic Integration as a Challenge to Industry and Government, Springer Berlin Heidelberg
- Jürgen v. Hagen; Axel Börsch-Supan; Paul J.J. Welfens** (1996), Springers Handbuch der Volkswirtschaftslehre 1, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (1996), Economic Aspects of German Unification, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens; Cornelius Graack** (1996), Telekommunikationswirtschaft, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (1996), European Monetary Integration, Springer Berlin Heidelberg
- Michael W. Klein; Paul J.J. Welfens** (1992), Multinationals in the New Europe and Global Trade, Springer Berlin Heidelberg
- Paul J.J. Welfens** (1992), Economic Aspects of German Unification, Springer Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens** (1992), Market-oriented Systemic Transformations in Eastern Europe, Springer  
Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens** (1990), Internationalisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Springer  
Berlin Heidelberg

**Paul J.J. Welfens; Leszek Balcerowicz** (1988), Innovationsdynamik im Systemvergleich,  
Physica-Verlag Heidelberg